

Schwerpunkt: Illegale Holzwirtschaft und Raubbau

Regierung muss Holzhandel in die Pflicht nehmen!

Der Regenwald stirbt am Holzhandel. Immer noch. Trotz aller Ankündigungen seitens des GDH (Gesamtverband Deutscher Holzhandel) in Eigeninitiative - um ja keine gesetzliche Regelung auferlegt zu bekommen - die Beteiligung des deutschen Holzhandels am Raubbau der Wälder weltweit abzustellen, kann man als KäuferIn eines Holzproduktes immer noch nicht sicher sein, keine Mitschuld an der Regenwaldzerstörung zu haben. Holz aus Raubbau, für dessen Gewinnung Wald zerstört, Gesetze gebrochen oder die Herkunftsländer um einen fairen Anteil am Erlös betrogen wurden, findet seinen Weg in unsere Möbelhäuser und Handwerksbetriebe. Um das abzustellen, will das Projekt www.raubbau.info Licht ins Dunkel bringen und VerbraucherInnen vor den übelsten Waldzerstörern warnen.

Grotesk. Einerseits investiert allein Deutschland viele Millionen Euro Steuergelder in den Schutz der Tropenwälder. Andererseits dulden Politiker das Geschäft mit der illegalen Ware Tropenholz, denn kein Gesetz verbietet es. Und auch peinlich: Sogar in einem Gebäude des Deutschen Bundestages wurden Fenster aus illegal geschlagenem Holz eingebaut. Das war 2005 - und seither hat die Regierung immer noch keine Maßnahmen getroffen, die sicherstellen würden, dass in Deutschland niemand nichtsahnend Raubbauholz kauft oder verbaut.

Der Holzhandel, hauptsächlich vertreten durch den GDH (Gesamtverband Deutscher Holzhandel), hat die Karten in der Hand. 2006 sollte ein umfassendes Urwaldschutzgesetz beschlossen werden, das den Handel mit illegalem Importholz in Deutschland unter Strafe gestellt hätte. Das wäre beispielhaft für die ganze EU gewesen und wichtig sowieso. Waldzerstörung, die u.a. durch illegale Abholzung angekurbelt wird, gilt als eine der größten Quellen für das Treibhausgas Kohlendioxid und zudem ist Deutschland einer der größten Abnehmer von illegal geschlagenen Hölzern. Der Entwurf wurde von SPD und CDU im Bundestag abgeschmettert. Der Geschäftsführer des GDH, Rudolf Luers, feiert die Ablehnung des Gesetzes als Folge einer besonders gut gelungenen Lobbyarbeit in Berlin. Gut fürs Geschäft, schlecht für die Umwelt und das Klima.

Wenn der Holzhandel Zukunft haben will, muss er Raubbauholz meiden und glaubhaft nachweisen, wo das Holz her-

kommt. Seit Jahren verspricht der GDH eine Selbstverpflichtungserklärung, der sich dann alle Mitgliedsunternehmen unterwerfen würden. Den Unternehmen, die seit Jahren jede Kritik abprallen lassen und ihre Geschäfte auf Kosten des Regenwaldes weitermachen, scheint der Erhalt der Wälder noch nicht wichtig



Durch Holzeinschlag stark in Mitleidenschaft gezogener Wald in Sarawak, Malaysia. Nach unserem Verständnis doppelt illegal: Erstens erheben Ureinwohner Anspruch auf den Wald und sind gegen die Holzfällerei und zweitens werden Vorschriften zur Ausübung nachhaltiger Waldwirtschaft nicht eingehalten - Folge ist seine Zerstörung.

genug, dass sie verbessertes Verhalten wenigstens auf dem Papier geloben würden. Sie rechnen mit der Dummheit der Verbraucherinnen und Verbraucher, die kaufen ohne zu hinterfragen.

Dabei sind Holzhandel und Holzverarbeitendes Handwerk das Bindeglied zwischen VerbraucherInnen und dem Wald oder der Region, aus der das Holz stammt. Sie hätten die Schlüsselrolle im Kampf gegen den Handel mit illegalen und/oder nicht nachhaltig produzierten Hölzern. Profitiert der Handel vielleicht von den Zuständen?

Mit Ihrer Hilfe nehmen wir dem Holzhandel die Karten aus der Hand und breiten sie aus-einsehbar für alle. Wer tut etwas gegen Raubbau? Wo kommen die Hölzer her? Verdacht auf Raubbau? Teilen Sie uns Ihre Erfahrungen mit oder lernen Sie von anderen www.raubbau.info

Inhalt

- 2 **Raubbau:** Der Wald stirbt nicht, er wird ... ermordet
- 3 **Aufpassen:** Was ist illegal am Holzgeschäft?
- 5 **Raubbau:** Beispiele und Auswirkungen
- 6 **Politik:** G8 und FLEG
- 9 **Politik:** EU - FLEGT
- 12 **Politik:** EU - VPA
- 14 **Schlüsselposition:** Holzhandel und Handwerk
- 16 **Bremser:** GDH - Gesamtverband deutscher Holzhandel
- 17 **Anregung:** Selbstverpflichtungserklärung
- 18 **Tagesgeschäft:** Das interessiert doch keine Sau
- 20 **Rückblick:** Ein Jahr Kampf ...
- 22 **Impressum**
- Interna:** Blicke ins Büro
- 24 **Initiative 2000plus:** Recyclingpapier in Schulen

Der Wald stirbt nicht, er wird geplündert und ermordet

■ Ein Großteil der weltweiten Holzwirtschaft verstößt gegen Gesetze

Das Raumschiff Erde steuert auf Katastrophenkurs: Klimawandel, drastisches Artensterben und drohende Versorgungengpässe bei Nahrungsmitteln und Wasser versprechen eine ungemütliche Zukunft. Den Wäldern hat der Mensch besonders zugesetzt: Knapp die Hälfte des ursprünglichen Waldbestandes der Erde ist verschwunden. Dabei produzieren und liefern sie Rohstoffe, regulieren den Wasserhaushalt und das regionale Klima und sind Lebensraum eines Großteils der Tier- und Pflanzenarten. Während Umweltverbände seit gut 20 Jahren ihre, von der Weltöffentlichkeit nicht wirklich ernstgenommenen, Kampagnen zum Schutz von Wäldern mal für die Schönheit des Ökosystems, für eine bedrohte Tierart oder im Namen von betroffenen Ureinwohnern vorgetragen haben, ist dieser Raubbau mittlerweile zur Überlebensfrage auf dem Planeten geworden. Die höchsten politischen Ebenen erkennen nach langjährigem Zögern, dass die weitverbreiteten illegalen Machenschaften, die diesem Raubbau zugrunde liegen, nun endlich bekämpft werden müssen, damit die Voraussetzungen für eine nachhaltige Waldwirtschaft überhaupt erst gegeben sind.

Denn der Raubbau, vor allem der illegale Holzeinschlag und der internationale Handel mit illegal geschlagenem Holz, ist zum großen Problem insbesondere für viele Holz erzeugende Länder geworden. Das illegale Treiben verursacht Umweltschäden, kostet die Staaten mehrere Milliarden Dollar an entgangenen Einnahmen, fördert die Korruption, verstößt gegen Gesetze, untergräbt eine verantwortungsbewusste Regierungsführung und finanziert bewaffnete Konflikte. Raubbau verhindert eine nachhaltige Entwicklung in einigen der ärmsten Länder der Welt. Betroffen sind die tropischen Regionen Südostasiens, Südamerikas und Afrikas, sowie die borealen und temperierten Wälder Russlands und osteuropäischer Staaten.

Die Abnehmerländer tragen zu diesen Problemen bei, weil sie Holz und Holzprodukte importieren, ohne sicherzustellen, dass diese aus nachhaltigen Quellen stammen. Und sie schaden sich selbst dabei, da sie ihre eigene Forstwirtschaft der Konkurrenz von billigen Importprodukten aussetzen, wie sie nur aufgrund des Raubbaus möglich sind. Insofern tragen auch Importeure und VerbraucherInnen, die nach Billigware fragen und diese kaufen ohne deren Herkunft zu prüfen, eine Mitschuld an der Waldvernichtung in fernen Ländern.

In den vergangenen Jahren nun widmeten die Regierungen und private Initiativen sowohl einiger der Holz erzeugenden als auch der wichtigsten verbrauchenden Länder dem illegalen Holzeinschlag allmählich mehr Aufmerksamkeit. Einer Reihe von Diskussionen und

Erklärungen folgten sogenannte FLEG-Konferenzen (Forest Law Enforcement and Governance = Rechtsdurchsetzung und Politikgestaltung im Forstsektor) in den Regionen Ostasien, Afrika, Europa und Nordasien. Es wurden Maßnahmen diskutiert, um illegal geschlagenes Holz aus internationalen Märkten auszuschließen - darunter auch eine EU-Initiative, die sich vor allem für ein Lizenzierungssystem für legal geschlagenes und von Partnerländern exportiertes Holz einsetzt. In mehreren EU-Mitgliedsstaaten wurden Beschaffungsrichtlinien der öffentlichen Hand in Kraft gesetzt, die sicher stellen sollen, dass nur legal (und gelegentlich auch nachhaltig) erzeugte Holzprodukte von Einkäufern der öffentlichen Hand erworben werden. Freiwillige Industrieinitiativen wollen in Zusammenarbeit mit den Lieferanten den Handel mit legal geschlagenen Hölzern fördern. Diskutiert wird auch die Unterstützung durch konsequentere Strafverfolgung in den Erzeugerländern sowie die Schaffung von Kontrollsystemen, welche es erlauben, die Herkunft und die Transportwege legaler Produkte zu verfolgen.

Auswirkungen und Tragweite

Was Umweltschützer seit 20 Jahren kritisiert haben, ohne in der Politik Gehör zu finden, ist nun anerkannter Wissensstand: Raubbau an den Wäldern ist in vielen der wichtigsten Holz erzeugenden Länder weit verbreitet, im Besonderen der illegale Holzeinschlag. Hierbei werden Gesetze gebrochen, die die Ernte, die Verarbeitung und den Transport von Holz oder Holzprodukten regeln

(siehe Seite 4). Durch den Einschlag in geschützten Gebieten (wie etwa Nationalparks) oder das Überschreiten der Einschlagsquote, durch die Verarbeitung der Stämme ohne Erwerb einer Lizenz und durch den Export der Produkte ohne Zahlung von Exportzöllen, können Unternehmen einen sehr viel größeren Gewinn erwirtschaften, als wenn sie sich an geltendes Recht halten würden. Das Ausmaß des illegalen Holzeinschlags ist in manchen Ländern so groß, und die Strafverfolgung so dürftig, dass die Gefahr einer Entdeckung und Verurteilung sehr gering ist. Entsprechend groß ist der Anreiz, sich durch illegale Praktiken zu bereichern.



Illegal geerntete Stämme warten auf den Weitertransport. Contamana, Peru



Waldzerstörer, nachhaltige Holzernte ist arbeitsintensiv und wirft weniger Profit ab, als viele der üblichen 'grap-and-run'-Operationen aus denen manches Holz stammt.

Was ist illegal am Holzgeschäft?

■ Wo Rahmenbedingungen fehlen, sollte man keine Holzwirtschaft betreiben

Die Diskussion um den 'richtigen' Umgang mit Wald hat mit der Einschränkung auf die Legalitätsfrage eine arbeitsfähige Fokussierung gefunden. Bis dahin stritten Umweltschützer mit der Holzindustrie über die inhaltliche Ausgestaltungen des Nachhaltigkeitsbegriffs, was gelegentlich zu so abstrusen, aber 'wissenschaftlich belegten' Statements führte, dass quadratkilometergroße Kahlschläge die natürlichste Bewirtschaftungsform borealer Wälder seien. Dabei existierten in den meisten Ländern längst Gesetze, die viel von dem umstrittenen Unsinn als waldschädliche Methoden verboten, sowie eine geregelte Holzernte und steuerliche Deklaration vorgeschrieben haben - was aber keinem einfiel konsequent einzufordern.

Mittlerweile kristallisierte sich auch heraus, dass die regional sehr unterschiedliche Interpretation und Durchsetzung der Spielregeln des internationalen Holzgeschäftes wettbewerbsverzerrend wirkt und ein großes Problem darstellt. Nachdem insbesondere in den Industrieländern Gesetze zur Waldbewirtschaftung und Holzwirtschaft eingehalten und ordnungsgemäß Steuern entrichtet werden, war plötzlich auch offensichtlich, dass man in Regionen, die überhaupt keine oder unzureichende Spielregeln hatten, umgehend welche etablieren musste, um halbwegs vergleichbare Voraussetzungen für die global agierende Holzindustrie zu schaffen und den Raubbau zu unterbinden.

Dass aber selbst legal nicht überall eindeutig legal meint, macht die Bekämpfung des Raubbaus, wie wir folgend sehen werden, immer noch schwierig.

Begriff/Definition

'Illegaler Holzeinschlag' und 'illegaler Holzhandel' beschreiben Aktivitäten, die bei der Holzgewinnung, dem Transport, der Verarbeitung und dem Handel gegen nationale und internationale Gesetze sowie traditionelle Rechte von Ureinwohnern verstoßen. Vielerorts missachten sogar nationale Wald/Forst- und Steuergesetze die traditionellen Land- und Nutzungsrechte von Waldbewohnern. Staatliche Stellen vergeben auch dort Einschlagskonzessionen (Genehmigungen für die Holznutzung in einem Waldgebiet), wo indigene Völker oder andere örtliche Bevölkerungsgruppen eigene Rechtsansprüche geltend machen. Dies ist beispielsweise in Indonesien, Malaysia und einigen afrikanischen Staaten zu beobachten, so dass Menschenrechts- und Umweltorganisationen für diese Länder gelegentlich höhere Prozentangaben für illegale Aktivitäten angeben als die offiziellen Stellen.

Beispiel Indonesien

In Indonesien sind die Verhältnisse besonders komplex: historisch bedingt gibt es, insbesondere wegen der politischen Umwälzungen nach dem Zusammenbruch des Suharto-Regimes, eine große Zahl sich widersprechender Erlasse und Bestimmungen sowie verwirrend viele um Kompetenz ringende Behörden, Entscheidungsträger und Gremien. Während die Zentralregierung ein Verbot für den Export von Rundholz festlegt, kann eine Provinzregierung durchaus eine Quote für den Export desselben Rundholzes festsetzen und den Handel erlauben - oder auch umgekehrt. Die Holzindustrie profitiert heute von diesen Zuständen und hält sich an die Stellen, die ihren Geschäften zuträglich sind. Mit gutem Grund verlangen einige Umweltschützer deshalb, den gesamten Holzeinschlag und -handel so lange einzustellen, bis die gesetzlichen Ungereimtheiten ausgeräumt sind.

Was in Indonesien eine Folge der jüngsten Geschichte sein mag, trifft auch für viele andere Entwicklungsländer zu: Die gesetzlichen Grundlagen sind nicht vor-

handen oder bedürfen einer Überarbeitung, die Kapazitäten der Staaten zur Kontrolle der Geschäfte sind zu gering, der Zugang zum Wald bzw. die Besitz- und Nutzungsverhältnisse sind selten geklärt und/oder diskriminieren im und vom Wald lebende Gemeinschaften und die Zivilgesellschaft ist häufig zu schwach, um Einfluss zu nehmen.

Andere Länder, andere Sitten

Oft sind die Rahmenbedingungen von Land zu Land auch so unterschiedlich, dass das was in einem Land legal ist, im nächsten schon illegal sein kann. Viele der Länder sind organisatorisch oder wirtschaftlich nicht so weit entwickelt, eine auf Export ausgerichtete Holzwirtschaft kontrollieren oder - noch schlimmer - Spielregeln bzw. entsprechende Gesetze einführen zu können.

Es gibt viele Arten von illegalen Aktivitäten. In den meisten Fällen dienen sie der Bereicherung weniger am Geschäft beteiligter Akteure. Gemeinsam ist all diesen Raubbauaktivitäten, dass sie sowohl das Ökosystem schädigen als auch die regionale Bevölkerung um Einkommensmöglichkeiten betrügen. Was sich in der Liste auf der folgenden Seite langwierig liest, ist vor Ort in Wirklichkeit Stoff für die Drehbücher mehrerer spannender Ökokrimis.



Keiner will es eigentlich, doch der Handel will es nicht zur Gewissheit aller aus dem Angebot nehmen.

Beispiele für illegale Aktivitäten in der Holzwirtschaft

Illegale Aktivitäten bei der Holzernte

- Duplizieren/Kopieren der Einschlagslizenz (-genehmigung)
- Einschlag von geschützten Baumarten
- Einschlag zu kleiner oder zu großer Bäume
- Ringeln oder Entrinden, um später die abgestorbenen Bäume 'legal' fällen zu können
- Feuer legen, um Waldgebiete danach der kommerziellen Nutzung zuzuführen
- Einschlag unerlaubt großer Mengen
- Einschlag in Schutzgebieten
- Einschlag ausserhalb zugewiesener Konzessionen (=Einschlagsgebiete)
- Einschlag in unerlaubten Bereichen (an Ufern, Quellbereichen, Steilhängen)
- Zukauf illegal geschlagener Bäume
- Einschlag ohne Erlaubnis oder noch ausstehender Vertragsunterzeichnung (z.B. fehlende UVP (Umweltverträglichkeitsprüfung))
- Erschleichen von Einschlagsgenehmigungen
- Beschaffung von Einschlagsgenehmigungen durch Bestechung
- illegale (=rechtswidrige) Inbesitznahme von Waldgebieten
- Nichtbeachtung der Umwelt-, Sozial- oder Arbeitsgesetze

Holzschmuggel

- Ausfuhr von Holzarten entgegen diverser Exportverbote oder CITES-Bestimmungen (Convention on International Trade in Endangered Species of Wild Fauna and Flora = Washingtoner Artenschutzübereinkommen)
- Handel mit CITES-gelisteten Holzarten ohne Genehmigung
- Export/Import unter Umgehung nationaler Handelsbeschränkungen
- Transport von Holz von außerhalb einer Konzession zum Handelsplatz und

Verkauf illegal eingeschlagener Hölzer

- Export von Holz mit Überschreitung der erlaubten Volumina

Praktiken zur Steuerhinterziehung und Gebührenunterschlagung

- Angabe geringerer Verkaufserträge (Mindererklärung) und höherer Kosten (Übererklärung) mit dem Ziel, weniger Gewinn zu versteuern
- Übererklärung eingekaufter Dienstleistungen, die von Unterfirmen in Anspruch genommen wurden mit dem Ziel, den zu versteuernden Profit zu minimieren
- Vermeidung von Steuern und Abgaben durch Angabe falscher Holzarten, geringerer Mengen oder schlechterer Qualität
- Nichtbezahlung von Steuern und Abgaben.

Praktiken beim Beschaffungswesen der öffentlichen Hand

- Forderung nach unnötigen Vorleistungen, um einige Unternehmen von Aufträgen auszuschließen
- Formulierung spezifischer Vertragsdetails, die einen Lieferanten bevorzugen
- Herausgabe vertraulicher Gebotsdaten an einen bevorzugten Mitbieter
- Manipulation von Gebotsauswertungen, um Wettbewerb zu unterdrücken

Illegale Holzverarbeitung

- Betrieb von Sägewerken und anderen Verarbeitungsanlagen ohne Genehmigung
- Verarbeitung von Holz, für das kein Legalitätsnachweis vorliegt, wenn ein solcher gefragt ist
- Betriebsführung ohne Genehmigung und Lizenz
- Nichteinhaltung von Betriebsauflagen, wie z.B. die Verringerung der Verschmutzung.

Auswirkungen der illegalen Aktivitäten und des Raubbaus

Die Folgen des Raubbaus für die Wälder sind hinlänglich bekannt. Die ökologischen Funktionen des Waldes sind geschädigt, der regionale Wasserhaushalt ist gestört, die Regenerationsfähigkeit des Waldes nimmt ab und die Produktion nachwachsender Rohstoffe lässt nach. Die Legalitäts- und einhergehend die Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen machen zusätzliche Horizonte auf: Welche Auswirkungen hat der Raubbau auf die Gesellschaft, die Volkswirtschaft, auf Handelsbeziehungen und auf die Produktionsverhältnisse in ganz anderen Regionen? Die unten folgende Liste gibt einen Überblick.

Als Käuferin oder Käufer eines Holzproduktes muss man sich die Frage stellen: Will ich durch meinen Einkauf zu diesen Problemen beitragen? Wir meinen: Nein! Und meinen zudem, dass sich diese Frage und auch die Problematik oft erledigen würde, wenn endlich die relevanten Informationen über die Herstellungsumstände transparent kommuniziert würden.

Die folgende Liste gibt einen Überblick über die vielfältigen Auswirkungen:

- * **Umwelt, Ökosystem:** Illegaler Holzeinschlag bedroht die Integrität von Waldökosystemen, führt zu einer Verarmung der Wälder, zum Verlust der Bodenfruchtbarkeit und zerstört den Lebensraum von Wildtieren. Illegaler Holzeinschlag in Zentralafrika bedroht beispielsweise das Überleben der Menschenaffen-Populationen, also von Gorillas und Schimpansen.
- * **Umwelt, Artenvielfalt:** Illegaler Holzeinschlag beeinflusst die Artenvielfalt direkt und indirekt, gefährdet durch planlose Eingriffe bedrohte Baumarten und öffnet den Wald für Jagd und Wilderei.
- * **Umwelt, Wasserhaushalt:** Die Zerstörung von Wald beeinträchtigt das Entstehen sauberen Trinkwassers, eine wichtige Funktion intakter Wälder. Die Zerstückelung geschlossener Waldflächen kann schwere Folgen haben. Sturzfluten und Erdbeben verursachten beispielsweise im Nordosten der Philippinen im Dezember 2004 mehr als tausend Todesopfer. Die Regierung gab die Schuld daran den illegalen Holzfällern, die die Berghänge kahlgeschlagen hatten.
- * **Klimawandel:** Durch die Verkleinerung der Waldfläche oder die Störung der Regenerationsfähigkeit beeinträchtigt der Raubbau die Fähigkeit des Ökosystems CO₂ aufzunehmen, was den Klimawandel eher fördert, anstatt ihn zu begrenzen, wie es Wälder normalerweise tun.
- * **Wirtschaft, regional:** Illegale Aktivitäten führen durch die Beeinträchtigung der regionalen Wirtschaftsaktivitäten (Ernte von Waldprodukten, Jagd, Fischfang) zur Verarmung der Waldbewohner. Zudem erhalten die Waldbesitzer für legal verkaufte Bäume einen extrem schlechten Preis, wenn in der Gegend konkurrierend illegale Geschäfte gepflegt werden.
- * **Volkswirtschaft:** Illegaler Holzeinschlag bringt die Regierung um Einnahmen. Schätzungen aus Indonesien zufolge verliert der Staat jedes Jahr mehr als 1 Milliarde US \$ wegen nicht gezahlter Steuern und Abgaben (bei einem Gesamtbudget von etwa 40 Mrd. US \$ für das Jahr 2003).
- * **Landesentwicklung:** Illegale Holzwirtschaft beraubt nachfolgende Generationen ihrer Entwicklungschancen. Vietnam beispielsweise verlor ein Drittel der Waldfläche in den 15 Jahren von 1985 bis 2000 zum großen Teil wegen illegaler Geschäfte. Von der Weltbank 1997 in Kambodscha durchgeführte Studien zeigen, dass die illegalen Geschäfte mit einem jährlichen Volumen von knapp 1 Mrd. US \$ der zehnfachen Menge des legalen Einschlags entsprachen. Mit dieser Geschwindigkeit wäre das Land in wenigen Jahren kahl geschlagen, womit wertvolle Arbeitsmöglichkeiten und eine Quelle von Exporteinnahmen für alle Zukunft zerstört wäre.
- * **Sozialpolitik:** Illegaler Holzeinschlag untergräbt den Respekt vor den Gesetzen und der Regierung. Er geht häufig mit Korruption einher, vor allem bei der Vergabe von Einschlagskonzessionen.
- * **Politik:** Die beachtlichen Einnahmen aus dem illegalen Holzeinschlag finanzieren vielerorts nationale und regionale Konflikte, z. B. in Liberia und in der Demokratischen Republik Kongo. In Kambodscha wurden die Truppen der Roten Khmer hauptsächlich durch die Einnahmen aus von ihnen kontrollierten Holzeinschlagsgebieten finanziert. Erst als Thailand und die Regierung von Kambodscha unter dem Druck ihrer internationalen Geldgeber 1996 beschlossen, ihre gemeinsame Grenze für Holzexporte zu schließen, begannen die Aufständischen mit Friedensverhandlungen.
- * **Handel und Produktion:** Da illegal geschlagenes Holz stets billiger ist als legale Produkte, verzerrt es den globalen Markt und untergräbt Bemühungen, die zu einer nachhaltigen Bewirtschaftung des Waldes führen sollen. In einer 2004 von der American Forest & Paper Association veröffentlichten Studie wird geschätzt, dass durch den illegalen Holzeinschlag die weltweiten Marktpreise je nach Produkt um 7% bis 16% gedrückt werden. Dadurch verlieren US-Unternehmen jährlich rund 450 Mio. US\$ wegen entgangener Einnahmen. In einem Bericht der Weltbank heißt es, „die weit verbreitete illegale Holzernte macht es sinnlos, in angepassteren Holzeinschlag zu investieren“.

Es liegt in der Natur der Sache, dass das Ausmaß des illegalen Holzeinschlags schwer abzuschätzen ist, aber mehr als die Hälfte des Holzeinschlags in den am meisten gefährdeten Waldgebieten - Südostasien, Zentralafrika, Südamerika und Russland - wird offenbar illegal durchgeführt. Mehr als ein Zehntel des weltweiten Holzhandels basiert Schätzungen zufolge auf illegalen Aktivitäten. Dies entspricht einem Produktwert von mindestens 15 Mrd. US \$ pro Jahr.

Politische Aktivitäten gegen den Raubbau an den Wäldern G8 zu illegalen Holzgeschäften - Erkenntnis und erste Schritte

Aufgrund der auf Seite 5 beschriebenen Auswirkungen musste die globale Waldzerstörung in das Zentrum der internationalen Aufmerksamkeit rücken, so die Überlegung der gegen die Waldzerstörung kämpfenden Umweltverbände. Obwohl sie hart dazu arbeiteten und über Jahre die Zerstörung dokumentierten, um die Politik aufzurütteln, ist es bis heute nicht zu effizienten Maßnahmen gekommen - die Plünderung der Wälder schreitet ungebrems fort.

Ende der 80er Jahre kam die Waldproblematik über eine Erwähnung als Randthema bei G7/G8-Treffen noch nicht hinaus. Andere, bei der UN (United Nations = Vereinte Nationen) angesiedelte Foren, sollten sich etwas später dann ausführlicher darum kümmern. Teilweise als Antwort auf viele dort eher ergebnislos geführte Verhandlungen wurde auf dem G8-Treffen im Mai 1998 ein Wald-Aktionsprogramm beschlossen, welches über 4 Jahre zunächst einmal Fakten zusammentragen sollte - aber keine Maßnahmen im Wald oder zur Unterbindung von illegalem Handel vorsah.

Die G8-Länder hatten sich darauf geeinigt, Abschätzungen über Art und Ausmaß des internationalen Handels mit illegal geschlagenem Holz zu erstellen, sowie Einschätzungen zur Wirksamkeit diverser Kontrollmaßnahmen dieser illegalen Aktivitäten vorzunehmen. G8-Vereinbarungen sind nicht rechtsverbindlich. Einige G8-Mitglieder haben wenig zur Umsetzung des Aktionsprogramms unternommen, während andere sich ernsthafter der Probleme annahmen.

Ganz selbstlos haben sich die G8-Staaten nicht um die aus dem Ruder laufenden internationalen Holzgeschäfte gekümmert. Das Bündnis der G8-Länder - Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, Russland und den USA - steht für rund 50 Prozent des Weltholzhandels und für über 70 Prozent des Holzverbrauchs weltweit. Als Gründe das Thema aufzugreifen, werden u.a. folgende genannt: eine Public Relation-Übung als Antwort auf

die damalige multidimensionale und alles umwälzende gesellschaftliche und politische Krise in Indonesien mit verheerenden Folgen für den Forstsektor; ein Signal an die ergebnislose UN-Verhandlung IFF (International Forum on Forests); und - wahrscheinlich am Wichtigsten - ein Versuch, dem privaten Sektor (Unternehmen) der G8-Staaten den Zugriff auf die meist in Staatsbesitz befindlichen Wälder in den Ländern des Südens zu ermöglichen.

Der Aktionsplan hebt 'freiwillige Verhaltensklärungen' und 'private freiwillige marktorientierte Mechanismen' besonders hervor und empfiehlt den Regierungen der Länder mit den meisten bisher unerschlossenen Wäldern, 'alle privaten Interessensvertreter (stake-holder) an der Aufgabe, nachhaltige Waldbewirtschaftung einzuführen, zu beteiligen'.

Im Jahre 2005 beschäftigten sich die G8-Länder unter britischer Präsidentschaft wieder mit dem illegalen Holzgeschäft. Während die britische Regierung nachfrageseitige Maßnahmen gegen den illegalen Holzhandel (wie Beschaffungsrichtlinien für die öffentliche Hand) einführen wollte, setzte die US-Strategie, wie ein der Presse zugespieltes internes Memorandum offenlegte, ganz andere Schwerpunkte: Neue Import- oder Beschaffungsregelungen sollten auf alle Fälle verhindert werden und die USA schmiedeten mit Kanada, Russland und Japan einen Pakt, um die Briten von ihren ambitionierten Plänen abzubringen. Statt dessen sollten ausschließlich produktionsseitige Maßnahmen, wie Capacity Building und Technologietransfer für Überwachungsgerät bevorzugt werden.

Die Umwelt- und Entwicklungsminister verpflichteten sich dazu, bereits existierende internationale Vereinbarungen und freiwillige Kontrollmaßnahmen in angemessenem Umfang zu unterstützen, um den Import und die Vermarktung von illegal geschlagenem Holz in ihren eigenen Ländern zu unterbinden, Richtlinien für die öffentliche Beschaffung zu fördern, sowie mit Unternehmen und der Zivilgesellschaft zusammenzuarbeiten

- vor allen Dingen also Maßnahmen, die in den G8-Ländern selbst keine besonderen Anstrengungen erforderten.

Resümee: Das G8-Wälder-Aktionsprogramm machte - so kritische Beobachter - den ökonomischen Interessen aus den G8-Ländern den Weg frei. Es dokumentierte öffentlich ein 'Engagement' der G8-Länder zu einem die Bevölkerung beunruhigendem ökologischen Problem und es gab das politische Signal, dass die G8-Staaten neue Vereinbarungen und Aktivitäten als nötig erachteten, um gegen das illegale Holzgeschäft vorzugehen. Zugleich gaben die G8-Pläne die Marschrichtung für eine große Bandbreite an Maßnahmen gegen illegalen Holzeinschlag grob vor.

Schon 2000, also vor Beendigung des Aktionsprogrammes, drängten die USA auf eine ambitioniertere Initiative zur Unterbindung der illegalen Aktivitäten speziell in Asien, woraus dann die FLEG-Konferenz 2001 in Bali entstand.

Man muss davon ausgehen, dass 1998 rund 40 Prozent des Holzhandels in Indonesien mit einem Wert von 365 Millionen US \$ illegal war.

(Quelle: Illegal logging in Indonesia, ITFMP Report, 1999)

Internationale Diskussionen und regionale Aktionspläne FLEG (Forest Law Enforcement and Governance)

Politik fällt nicht vom Himmel. In der Regel bedarf es ausführlicher Diskussionen und häufig mehrjähriger Verhandlungen, bis es zu einem umsetzbaren Ergebnis kommt. Zu einem der wichtigeren internationalen Foren zur Behandlung des illegalen Holzeinschlags und möglicher Gegenmaßnahmen wurde der sogenannte FLEG-Prozess (Forest Law Enforcement and Governance = Rechtsdurchsetzung und Politikgestaltung im Forstsektor), den die Weltbank koordinierte und wofür sie in den vergangenen Jahren drei internationale Ministerkonferenzen ausrichtete: In Ostasien (Bali, September 2001), Afrika (Yaoundé, Oktober 2003) sowie Europa und Nordasien (St. Petersburg, November 2005).

Die FLEG Initiative sollte, wie auf Seite 6 kurz erwähnt, die ambitioniertere Weiterentwicklung des G8-Wald-Aktionsprogramms sein. Das US State Department trat mit dem Vorschlag, gemeinsam mit der Weltbank und aufbauend auf deren technischer Expertise, einen zwischenstaatlichen Prozess gegen den Raubbau in der asiatischen Region zu starten, die Flucht nach vorne an. Denn zu der Zeit war die US-Regierung den Erwartungen und dem Druck von zwei Seiten ausgesetzt. Sowohl die American Forest and Paper Association (AFPA) als auch die Umweltorganisationen waren mit der Waldzerstörung in Asien wegen der Holzproduktion für den amerikanischen Markt und den Dumping-Importen der illegalen Hölzer in die USA höchst unzufrieden und hatten Maßnahmen gefordert.

Die politische Entwicklung in Indonesien Ende der 90er-Jahre war diesen Plänen dann sehr zuträglich. Die neue Präsidentin Megawati suchte, auch um einen Wandel der Forstpolitik in Indonesien und einen Bruch mit dem alten Korruptionssystem zu zeigen, internationale Unterstützung im Kampf gegen den illegalen Holzeinschlag. Im Jahr 2000 hatte Indonesien bei der Internationalen Tropenholzhandels Organisation (ITTO) berichtet, dass 'illegaler Holzeinschlag eine ernsthafte Bedrohung für Indonesiens Wälder darstelle' und wenig später kam es schließlich zu

einer Einladung zu einem Vorbereitungsstreffen für die später als Bali-Konferenz bekanntgewordene erste FLEG Ministerkonferenz im September 2001.

An dieser Konferenz nahmen insgesamt etwa 150 Vertreter von 20 Staaten, von Unternehmen sowie eine Handvoll NGOs teil. Das wichtigste Ergebnis der Bali-Konferenz war eine Ministererklärung, die erstmals in einem zwischenstaatlichen Dokument politische Maßnahmen gegen illegale Holzgeschäfte ankündigte.

Die Erklärung benennt 'illegalen Holzeinschlag und damit einhergehenden illegalen Handel als direkte Bedrohung für Waldökosysteme und für die Biodiversität insbesondere in Asien und auch in anderen Regionen', welche 'zu ernsthaften ökonomischen und sozialen Schäden in den betroffenen Ländern, vor allem bei den Dorfgemeinschaften, den Armen und wenig Privilegierten' beitragen. Dieser Erklärung beigelegt war eine unverbindliche Liste möglicher Aktivitäten zur Verbesserung der Rechtsdurchsetzung und Kontrolle der Holzgeschäfte.

Eine neue Abschätzung, bei der man die Zahlen der gesetzlich erlaubten Holzernte dem nationalen Verbrauch sowie den Exportzahlen gegenüber stellte ergab, dass Ende der 90er Jahre über 70 Prozent des Holzeinschlags in Indonesien illegal waren.

(Quelle: Deforestation, the Timber Trade and Illegal Logging, N. Scotland, S. Ludwig, 2002)

Eine Zusammenfassung der wichtigsten geplanten Aktivitäten:

- Verstärkung nationaler Anstrengungen sowie die Verbesserung der bilateralen, regionalen und multilateralen Zusammenarbeit gegen die Verletzung von Forstgesetzen, insbesondere gegen den illegalen Holzeinschlag und -handel
- Entwicklung effizienter Mechanismen, zum Austausch von Information und Erfahrung
- Initiierung von Maßnahmen der Strafverfolgungsbehörden in Ländern und länderübergreifend gegen den Transport von illegalen Hölzern
- Suche nach Möglichkeiten zur Unterbindung von Export und Import illegal geschlagener Hölzer, darunter die Möglichkeit eines Registrierungssystems für kommerziell gehandelte Hölzer
- Verbesserung der waldbezogenen Regierungsgewalt in Produktionsländern mit dem Ziel, Recht durchzusetzen, Besitzrechte anzuwenden und die Unabhängigkeit des Gerichtswesens sicherzustellen
- Beteiligung der Interessensvertreter sowie der betroffenen Dorfgemeinschaften in Entscheidungsprozessen bezüglich der Wälder
- Verbesserung wirtschaftlicher Möglichkeiten für die Menschen, die von Wäldern direkt abhängig sind, um so den Anreiz für illegalen Holzeinschlag zu senken und die Waldzerstörung wirtschaftlich unattraktiver zu machen.

Internationale Diskussionen und regionale Aktionspläne Africa FLEG (AFLEG)

Im Oktober 2003 wurde in Yaoundé (Kamerun) die AFLEG-Ministerkonferenz (Africa Forest Law Enforcement and Governance) durchgeführt. Ähnlich wie zwei Jahre zuvor in Asien versprach man sich aus dem Erfahrungsaustausch zwischen Ministern und Interessenvertretern aus Afrika, Europa und Nordamerika eine Antwort auf die Raubbau-Problematik. Es wurde erörtert, wie eine Partnerschaft zwischen Produzenten und Konsumenten, den Geldgebern, der Zivilgesellschaft sowie den Unternehmern theoretisch den illegalen Holzeinschlag sowie den damit einhergehenden Handel unterbinden könnte. Resultat der Konferenz war eine Ministererklärung und ein Aktionsplan mit einer langen Liste unverbindlicher Vorschläge.

Die wichtigsten Vorschläge aus dem AFLEG-Aktionsplan vom Oktober 2003 reflektieren die im Vergleich zum asiatischen Raum unterschiedlichen Rahmenbedingungen und Geschichte der Region. In einigen afrikanischen Ländern gibt es aufgrund ihrer noch nicht überwundenen Folgen der Kolonialzeiten oder wegen jüngerer politischer Krisen Konfliktzonen, rechtsfreie Regionen und vielerorts eine unzulängliche Forstgesetzgebung oder -verwaltung.

Aus dem AFLEG-Prozess ergaben sich neben unzähligen Aktivitäten bis Ende 2006 mit einigen Ländern (Kamerun, Ghana, Liberia) (in-)formelle Vereinbarungen mit der EU zu VPA (siehe Seite 12).

Die wichtigsten vorgeschlagenen Maßnahmen umfassen:

- institutionelle Reformen im Forstsektor stärken
- finanzielle Ressourcen mobilisieren
- die Auswirkungen von Struktur Anpassungs- und anderer wirtschaftlicher Maßnahmen auf FLEG analysieren
- bessere wirtschaftliche Gelegenheiten für Gemeinden fördern, die von Wäldern abhängig sind
- die Zusammenarbeit von Vollzugsbehörden in Ländern und länderübergreifend anregen
- die Leistungsfähigkeit aller relevanten Institutionen und Gruppen fördern
- Interessensvertreter, einschließlich der Gemeinden und ländlichen Bevölkerung, bei der walddrelevanten Entscheidungsfindung beteiligen
- sicherstellen, dass Eigentums- und Nutzungsrechte, einschließlich der traditionellen Kenntnisse, umfassend respektiert werden
- verantwortungsvolle Regierungsführung in ehemaligen Konfliktregionen wieder einführen
- Gesetze und Regulierungen für die Jagd und gegen den Bushmeat-Handel (Wildfleisch) stärken

Conflict Timber

Conflict Timber (oder 'Blutholz' analog zu Blutdiamanten) wurde erstmals von der britischen NGO Global Witness so umschrieben: 'Holz das irgendwo in der Produktkette von bewaffneten Gruppen, seien es Rebellen, Soldaten oder zivile Kräfte aus Behörden mit dem Ziel gehandelt wurde, Konflikte aufrechtzuerhalten oder aus Konfliktsituationen persönliche Vorteile zu ziehen'.

Derzeit gibt es eine Reihe von Ländern, wie Burma oder die Demokratische Republik Kongo (früher: Zaire) in denen Gewaltregime, Besatzungskräfte oder Rebellengruppen Holz ernten und international handeln. Sowohl diese Gruppen als auch die mit ihnen Geschäfte machenden Unternehmen pflegen häufig engen Kontakt mit der internationalen organisierten Kriminalität und mit terroristischen Netzwerken. Solange diese Finanzierungskanäle dieser Konflikte nicht unterbrochen werden, sind meist alle Bemühungen zur Friedenssicherung in solchen umkämpften Regionen erfolglos. Ähnlich den Regelungen bei Blutdiamanten gibt es verstärkte Bemühungen auch für Conflict Timber wirksame Regelungen einzuführen. Derzeit könnte der UN-Sicherheitsrat im Einzelfall Embargos aussprechen, was in seltensten Fällen gemacht wird. Am Beispiel von Liberia scheiterte ein UN-Embargo an China und Frankreich, zwei Länder, die zu den Hauptimporteuren liberianischer Hölzer zählten.

ENA FLEG

Im November 2005 schließlich wurde in St. Petersburg die ENA-FLEG-Ministerkonferenz (European and North Asia FLEG) organisiert und durchgeführt. Die im Vergleich zu den vorangegangenen Tagungen deutlich größere Teilnehmerzahl mit fast 300 Vertretern aus 43 Regierungen, von Unternehmen sowie der Zivilgesellschaft könnte ein Hinweis sein auf das steigende Interesse am Thema. Wahrscheinlicher ist, dass in der Region mehr Firmen Geschäfte machen und mehr Regierungen ihre Interessen, sowohl als Produzenten als auch als Importeure/Konsumenten wahren wollten. Zudem ist der Druck von Seiten der Umweltorganisationen deutlicher spürbar geworden.

Dem illegalen Handel zwischen China und Russland wurde besondere Aufmerksamkeit geschenkt, weil China als Zwischenhändler von Holz und mehr noch als Holzverarbeiter eine immer wichtigere Rolle spielt - nach Schätzungen werden rund zwei Drittel der Holzimporte nach China wieder exportiert.

Ein Schwerpunkt dieser regionalen FLEG-Aktivitäten besteht insbesondere in der Recherche und Dokumentation der Holzhandelsströme, da man sich daraus eine Eindämmung der massiven illegalen Geschäfte erhofft.

Resultat in Kürze

Die drei FLEG-Konferenzen haben Regierungen, Unternehmen, NGOs und Wissenschaftler an einen Tisch gebracht, um ein Netzwerk zu schaffen, welches den Regierungen der Erzeugerländer ermöglicht, zusammenzuarbeiten sowie mit den Regierungen der Konsumentenländer gegen die illegalen Machenschaften vorzugehen. Auf allen drei Konferenzen wurden umfangreiche ministerielle Erlasse verabschiedet, die zur Bildung von Arbeits- und Beratungsgruppen führten.

Nennenswerte und anwendbare Ergebnisse jedoch wurden bisher nicht erzielt. Die Waldzerstörung durch die Holzwirtschaft hat sich nicht wesentlich und so weit verbessert, dass man sich beim Holzkauf sicher sein könnte, immer nachhaltig produzierte und legale Produkte zu erhalten.

Europäische Diskussion und Bemühungen EU FLEGT

Das G8-Aktionsprogramm, welches mehr ein Recherche- und Analyseprogramm war, hat die Rolle der Abnehmerländer als Markt für Holz und Holzprodukte und darüber hinaus deren Beteiligung am illegalen Holzeinschlag in den Vordergrund gerückt. Die EU, als eine der wichtigsten Einfuhrregionen für Holzprodukte weltweit, musste sich alleine schon wegen ihres Beitrags zu diesem Problem angemessen mit dieser Thematik auseinandersetzen. Es war zu offensichtlich, dass in mehreren der Länder, aus denen die Mitgliedsstaaten der EU Holzprodukte importieren, illegale Aktivitäten an der Tagesordnung sind.

So war es - auch wenn nach Verabschiedung des G8-Aktionsprogramms mit dem Aktions-'Auftrag' an die EU noch vier Jahre vergehen sollten - konsequent, dass die Europäische Kommission im April 2002 zu einem Workshop einlud, um zu diskutieren, mit welchen Maßnahmen die EU zur Bekämpfung des illegalen Holzeinschlags beitragen könnte.

Nach weiteren Verhandlungen veröffentlichte die EU im Mai 2003 den ersten Entwurf für einen FLEGT-Aktionsplan.

Während die Produzentenländer zur Abstellung der illegalen Holzgeschäfte in ihren FLEG-Aktivitäten produktionsseitige Ansätze verfolgten, beabsichtigte die EU in Ergänzung dazu, auch nachfrageseitige Maßnahmen zu verfolgen. Diese Überlegung führte dazu, dass die EU gleichzeitig produktionsseitige Maßnahmen durch die Unterstützung der Aktivitäten der Produzentenländer, insbesondere in Entwicklungs- und früheren kommunistischen Ländern, fördert und zugleich versucht, die Nachfrage nach diesen illegalen Holzprodukten in den EU-Ländern zu verringern.

Um die Schwerpunktsetzung auf Handelsfragen angemessen zu dokumentieren, wurde der FLEG-Begriff um ein T (Trade=Handel) zu 'FLEGT' erweitert (Forest Law Enforcement, Governance and Trade = Rechtsdurchsetzung, Politikgestaltung und Handel im Forstsektor).

Im Oktober 2003 wurde dann die abgestimmte Endversion des FLEGT-Aktionsplan veröffentlicht.

Dieser Aktionsplan umfasst die folgenden Vorgaben:

- Unterstützung bei der Einführung von geeigneten Maßnahmen für holzproduzierende Länder
- Förderung von Handel mit legalen Holzprodukten (durch sogenannte VPA (Voluntary Partnership Agreements = freiwilliges Partnerschaftsabkommen, siehe Beitrag Seite 12).
- Einführung von öffentlichen Beschaffungsrichtlinien, die nur legale Produkte zulassen
- Unterstützung von Aktivitäten des privaten Sektors
- Einführung der Sorgfaltspflicht für Exportkreditversicherungen und Banken bei deren Geschäftsbereich im Waldbereich
- Zusätzliche Maßnahmen (z.B. existierende Gesetze anwenden)

Die FLEGT-Initiative konzentriert sich vor allem darauf, illegale Produkte vom EU-Markt auszuschließen. Das Hauptproblem hierbei ist, dass es noch keine Möglichkeit gibt, an der Grenze legale Produkte von illegalen Produkten zu unterscheiden.

Die Lösung, welche die EU-Kommission hierfür vorsieht, ist ein neues Lizenzierungssystem für Holz, das die Legalität der Produktion überwachen und eine glaubhafte (möglicherweise unabhängige) Verifizierung der Einhaltung der Gesetze in jedem Schritt der Produktkette dokumentieren soll. Es handelt sich um eine ähnliche Regelung, wie es sie schon bei mehreren internationalen Abkommen gibt, darunter CITES (Washington Artenschutzabkommen) und die Vorgehensweise bei Blutdiamanten aus Krisengebieten (Kimberley-Prozess). Hier werden Lizenzierungs- oder Konzessionssysteme sowie Tracking-Mechanismen eingesetzt, um bestimmte Produktgruppen von den internationalen Märkten auszuschließen.

Das EU-System soll auf einer Reihe bilateraler Partnerschaftsabkommen (VPA = Voluntary Partnership Agreement) mit

den wichtigsten Holzexportländern aufgebaut werden. Eine Richtlinie zur Umsetzung des Lizenzierungsmodells in der EU wurde im Dezember 2005 erlassen. Die Europäische Kommission und die Mitgliedsländer der EU befinden sich derzeit in Gesprächen mit einer Reihe möglicher Partnerländer, um sich über die Unterzeichnung von Partnerschaftsvereinbarungen auf freiwilliger Basis zu verständigen.

Schwierigkeiten und Kritik

Neben einigen systemimmanenten Problemen, droht die Komplexität der globalisierten Welt die Wirksamkeit der EU-Maßnahmen massiv zu mindern. Umweltverbände fordern die Behebung folgender Mängel:

- die geplanten VPAs (siehe Seite 12) werden nur mit wenigen Partnerländern (Produzenten) vereinbart, sodaß mit diesem Mechanismus nur ein Teil des Importholzes erfasst wird, wenn andere Länder weiterhin ihr Holz nach Europa liefern können..
- die Regelung sieht nur die Berücksichtigung von Rundholz, Sperrholz und wenig bearbeiteten Produkten vor. Im Ausland aus Raubbauholz gefertigte Möbel würden ebenso wie Papier nicht erfasst werden.
- der Handel in nicht-EU-Länder wird von den Maßnahmen überhaupt nicht berührt, wobei zu bedenken ist, dass diese Marktanteile aufgrund wachsender Nachfrage von asiatischen Märkten ansteigen werden.
- der Aufbau der nötigen Verwaltungs- und Überwachungs-Strukturen in manchen Ländern dauert gemessen an der Zerstörungsrate zu lange.

Umweltverbände weisen ausdrücklich darauf hin, dass die illegalen Holzwirtschaft nur ein Teil der Raubbau-problematik darstellt und eine Beschränkung der Gegenmaßnahmen allein darauf, der Zerstörungsdynamik in den Waldgebieten nicht gerecht wird. Es sind auch u.a eine Anpassung der Verbrauchsmengen in Europa durch Erhöhung der Effizienz und neue Technologien und die Einführung fairer Handelsbedingungen nötig.

FLEGT - Zweigleisige Vorgehensweise Aktiv in Produzenten- und Verbraucherländern

Aktivitäten in den Verbraucherländern

Das Gegenstück zu einem Ausschluss illegaler Produkte aus den Verbrauchermärkten ist die Schaffung von Märkten für verifizierte legale Produkte, so die Logik der EU. Die Beschaffungsrichtlinien der öffentlichen Hand sind eine Möglichkeit, um dies in einem ersten Schritt wenigstens für die staatlichen und kommunalen Verbraucher (öffentliche Beschaffung) zu erreichen. Schätzungen zufolge entfallen in den meisten Industrieländern etwa 20 Prozent des Handelsvolumens auf die öffentliche Hand, die daher großen Einfluss auf den Markt ausüben kann.

So kann vorgeschrieben werden, dass nur solche Hölzer und Holzprodukte beschafft werden dürfen, deren legale Herkunft garantiert ist. Solche Richtlinien gibt es derzeit in sechs EU-Mitgliedsstaaten - Belgien, Dänemark, Frankreich, Deutschland, den Niederlanden und Großbritannien. Gelegentlich wird zusätzlich auch die Beschaffung nachhaltig erzeugter Produkte besonders gefördert ('legal' ist ja nicht automatisch auch nachhaltig). Mehrere andere Mitgliedsstaaten entwickeln ähnliche Richtlinien oder denken über deren Einsatz nach. Es gibt bereits Anzeichen dafür, dass die Beschaffungsrichtlinie in Großbritannien messbare Auswirkungen auf den britischen Holzmarkt hat. Eine Folge davon können auch höhere Preise für legale und nachhaltig erzeugte Produkte aus tropischem Hartholz sein.

In vielen Industrieländern bedient sich die öffentliche Hand auf Landesebene, regionaler oder kommunaler Ebene bereits „ökologischer“ Beschaffungsrichtlinien oder entwickelt diese. Viele Gemeindebehörden fördern beispielsweise den Einsatz von nachhaltig erzeugtem Holz bei Bauvorhaben und Behörden aller Art empfehlen die Verwendung von Recyclingpapier. Grundsätzlich sollte es nicht allzu schwierig sein, Kriterien für die Legalität von Holz und Holzprodukten in diese Richtlinien zu integrieren. Oft ist es nicht einmal nötig, dafür neue Gesetze zu verabschieden. Im Anschluss an die Diskussionen der G8 im Jahr 2005 kündigte Japan im

April 2006 eine neue zentrale Beschaffungsrichtlinie der öffentlichen Hand an, mit der die Verwendung illegaler Produkte ausgeschlossen wird.

Einige Holzimportländer haben auch eine Reihe anderer Maßnahmen in die Wege geleitet. Der FLEGT-Aktionsplan der EU schlägt eine Analyse der in den EU-Mitgliedsländern bereits existierenden Gesetzgebung vor - beispielsweise in den Bereichen Diebstahl und Raub sowie Hehlerei und Geldwäsche. Es soll geprüft werden, inwieweit diese Gesetze auf Holz angewendet werden können, welches illegal im Ausland erzeugt wurde. Selbst wenn einige dieser Gesetze anwendbar sind, dürfte es große Schwierigkeiten bei der Umsetzung geben. Es dürfte schwierig sein beispielsweise einen Nachweis des zugrundeliegenden Gesetzesverstößes durch das Herkunftsland zu führen und den Transportweg der so erzeugten Produkte zu verfolgen.

Die Europäische Kommission hat noch nicht entschieden, ob eine Empfehlung für die Verabschiedung zusätzlicher Gesetze auf EU-Ebene ausgesprochen werden soll, um dieses Problem abzustellen. Solange der Weg von illegal geschlagenem Holz aus Ländern außerhalb des Geltungsbereichs der FLEGT-Lizenzierungen nicht verfolgt werden kann, besteht jedoch das Risiko, dass das Modell selbst wirkungslos bleibt.

Ein weiterer Tätigkeitsbereich umfasst die Überwachung und Kontrolle von Investitionen in die Holzindustrie und zugehöriger Industrien in den Ländern, in denen illegaler Holzeinschlag weit verbreitet ist. Für Holzfirmen selbst genügt meist eine Finanzierung vor Ort, aber für viele der zugehörigen Tätigkeiten, wie etwa der Bau von Zellstoff- und Papierfabriken oder die Abholzung eines Waldes zur Schaffung einer Palmölplantage, werden oft auch ausländische Direktinvestitionen in beträchtlicher Höhe benötigt, die von Privatbanken oder Körperschaften des öffentlichen Rechts, wie etwa Exportkreditagenturen in Holz-Abnehmerländern, gewährt werden. Über dieses Thema wurden in den USA und Großbritannien bereits Gespräche geführt und eine Reihe von Großbanken haben Richtlinien entwor-

fen, die einer genauen Überprüfung der Kreditvergabe an Unternehmen der Holzindustrie dienen sollen. Die „Equator Principles“, auf die sich zehn der weltweit größten Banken im Jahr 2003 einigten, beinhalten eine Verpflichtung, die Maßnahmen der IFC (International Finance Corporation, eine Gesellschaft der Weltbankgruppe, die Armut durch die Förderung des privaten Sektors abbauen helfen soll) zum Umweltschutz und zur sozialen Absicherung in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen zu respektieren. Diese beinhalten derzeit entsprechende Richtlinien zur Bewirtschaftung des Waldes, zu natürlichen Lebensräumen und indigenen Völkern.

Aktivitäten in den Erzeugerländern

Die Abnehmer, wie beispielsweise die EU-Länder, können auf die Exporteure Druck ausüben und durch geeignete Maßnahmen illegale Produkte von ihren Märkten ausschließen. Doch dies ist immer mit der Gefahr verbunden, dass illegale Güter einfach auf andere Absatzmärkte umgeleitet werden - wie etwa nach China mit seinem schnell wachsenden Bedarf an Rohstoffen. Daher muss der Missstand des Raubbaus schon in den Erzeugerländern und im Wald selbst bekämpft werden. Man kommt nicht umhin, die Strafverfolgung im Bereich der Waldnutzung zu verbessern, Korruption zu bekämpfen und eine legale Holzernnte zu fördern.

Mehrere Erzeugerländer haben Schritte zu einer Verbesserung der Kontrollen unternommen. Malaysia hat einen Barcode und Tracking (Erkennung des Transportwegs) per Satellit eingeführt, um den illegalen Holzeinschlag in Sarawak zu beschränken. Außerdem hat Malaysia - auf langjährige Lobbyarbeit seitens der NGOs hin - endlich Vorschriften erlassen, die den Import von illegal geschlagenem Holz aus Indonesien verhindern sollen. Indonesien hat die Kontrollen im Land verstärkt, was zu einer Reihe von öffentlich bekannt gemachten Festnahmen und der Beschlagnahme von illegalem Holz führte. Und auf den Philippinen wurde nach den Überschwemmungen und Erdru-

schen vom Dezember 2004 ein General im Ruhestand zum „Zar für Waldwirtschaft“ ernannt und ermächtigt, gegen illegalen Holzeinschlag vorzugehen und das Programm des Landes zur Wiederaufforstung zu leiten.

Viele Abnehmerländer haben finanzielle und technische Unterstützung für derartige Aktivitäten beigesteuert. Das Augenmerk richtete sich dabei vor allem auf Indonesien. Die Zusammenarbeit mit den USA, Großbritannien, der EU und Japan hat sich vor allem darauf konzentriert, den Schulungs- und Ausrüstungsbedarf festzustellen, die Kontroll- und Überwachungsaktivitäten zu verbessern, Systeme zur Überprüfung einer Einhaltung der Gesetze bei Arbeiten im Wald zu entwickeln und zu testen, sowie Holzprodukte vom Wald bis in den Exportweg oder in das Verbraucherland lückenlos zu verfolgen. Außerdem wurde in einer Beratung von Interessensvertretern darüber diskutiert, wie „legal geschlagenes Holz“ zu definieren ist. Andere Erzeugerländer, die mit internationalen Geldgebern zusammenarbeiten, sind beispielsweise Kambodscha, Ghana, Liberia und die Länder des Kongobeckens.

Das eine tun, ohne das andere zu lassen ...

Auch wenn der kürzliche Anstieg des Weltpreises für Hartholz zumindest teilweise auf diese und ähnliche Aktivitäten zurückgeführt wird, ist das Problem des illegalen Holzeinschlags nicht allein mit unzureichenden Kontrollmaßnahmen zu erklären. In einigen Ländern kann sogar die Entscheidung, was illegal ist, schwierig sein; in anderen kann die Definition, von Verwaltungsvorschriften abhängig, sehr unterschiedlich sein oder sie kann von lokalen Regierungen oder Landesregierungen problemlos geändert werden, um die Einnahmen zu steigern. Auch wenn die Gesetze ausreichen, können die zeitlichen und finanziellen Kosten für deren Einhaltung so hoch sein, dass eine legale Vorgehensweise sich vor allem für kleine Unternehmen nicht mehr lohnt. Für einen wirklichen, länger anhaltenden Erfolg muss eine Reform der Gesetze und Vorschriften daher oft Hand in Hand

gehen mit Maßnahmen zur Beeinflussung der Nachfrage. Eine Überarbeitung der Gesetze ist aber in vielen Fällen auch auf anderen Gebieten als der Waldwirtschaft nötig, beispielsweise bei Gesetzen zur Eigentümerschaft von Land, zur Insolvenz und Korruption.

Aktivitäten des privaten Sektors, der Industrie

Viele Unternehmen und Berufsverbände sind ebenfalls aktiv geworden. Dies teilweise als Reaktion auf gegenwärtige und noch erwartete Vorschriften, aber auch aus wachsender Einsicht über die Bedeutung, die illegal geschlagenes Holz für die Verzerrung des Marktes für legal (und nachhaltig) erzeugte Produkte hat und sicher auch als Ergebnis des direkt von den Verbrauchern und/oder von NGOs ausgeübten öffentlichen Druckes auf die Verantwortlichen.

In der EU haben viele Unternehmen bereits auf die Beschaffungsrichtlinien der öffentlichen Hand, aber auch auf die erwartete Einführung des FLEGT-Lizensierungssystems reagiert. Eine Reihe von Industrieverbänden haben Verhaltensnormen für ihre Mitglieder entwickelt und eine direkte Zusammenarbeit mit den Lieferanten in den Erzeugerländern begonnen. Sie haben diese dazu angeregt - und in manchen Fällen dabei unterstützt - sicherzustellen, dass ihre Rohmaterialien aus legalen Quellen stammen.

Beispielsweise führte der britische Holzhandelsverband TTF (Timber Trade Federation) Mitte 2003 unabhängige Legalitätsprüfungen von 16 Sägewerken in Indonesien durch. Ergebnis war, dass alle von ihnen Probleme hatten die grundlegendsten gesetzlichen Anforderungen einzuhalten. Es wurde jedoch geschätzt, dass durch geeignete Maßnahmen diese Probleme innerhalb von etwa zwei oder drei Jahren gelöst werden könnten. Nun unterstützt die TTF unter dem von EU-Geldern finanzierten Timber Trade Action Plan zusammen mit zwei weiteren europäischen Holzhandelsvereinigungen die Holzproduzenten in Indonesien, Malaysia, Kamerun, dem Kongo und Gabun, um sicherzustellen, dass verifizierte Liefe-

rungen von legal geschlagenem Holz für ihre Kunden in der EU zur Verfügung stehen.

Das Prinzip der direkten Zusammenarbeit mit Unternehmen in Erzeugerländern, um sicherzustellen, dass ihre Produkte den Anforderungen der Importmärkte genügen, basiert auch auf der Arbeit vieler Organisationen, zu denen etwa der 'Tropical Forest Trust', des Worldwide Fund for Nature's (WWF) 'Global Forest Trade Network', und die US 'Sustainable Forest Products Global Alliance' zählen.

Fazit

Die kürzlich in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückte internationale Debatte über illegalen Holzeinschlag findet nicht im luftleeren Raum statt. In der gesamten „Waldgemeinschaft“ und darüber hinaus unter all denen, die im Bereich der Umwelt- und Entwicklungspolitik arbeiten, gibt es ein wachsendes Bewusstsein für eine Reihe besser miteinander verknüpfender Faktoren:

- * Die Notwendigkeit, Gesetze und internationale Abkommen umzusetzen (und diese nicht nur zu verabschieden und darüber zu verhandeln) sowie dies mit der Regierungsführung und Korruptionsbekämpfung abzustimmen.
- * Die Zunahme der internationalen Umweltkriminalität, also das vorsätzliche Nichtbeachten von Umweltgesetzen und Vorschriften, sowie deren internationale Auswirkungen.
- * Die Rolle der Abnehmerländer bei der Zunahme illegaler Aktivitäten und die Möglichkeit der Einflussnahme der Abnehmerländer zum Ausschluss illegaler Produkte und zur Schaffung verbesserter Produktionsbedingungen.
- * Die Einsicht, dass der Ausbau der Extraktionsindustrien (wie Holzwirtschaft) eine angemessene Förderung der Zivilgesellschaft verlangt.
- * Die Notwendigkeit für viele Regionen anstelle einer industriellen Holzindustrie auch alternative Modelle der Waldnutzung und Entwicklung zu fördern.

EU setzt auf Freiwilligkeit VPA (Voluntary Partnership Agreement)

Ein VPA ist eine verbindliche Vereinbarung zwischen der EU und einem Partnerland, die die Zusammenarbeit der EU mit dem Partnerland zur Umsetzung des FLEGT Aktionsplanes und zur Einführung eines Holzlizenzierungssystems regelt. Grundlage ist eine EU-Richtlinie zur Einführung des Lizenzierungssystems aus dem Jahr 2005.

Zu dieser Maßnahme geführt hat die Erkenntnis, dass die EU erstens - als ein maßgeblicher Verbraucher von Holzprodukten - das Problem der illegalen Abholzung und des damit verbundenen Handels gemeinsam mit denholzproduzierenden Ländern zu bekämpfen hat, sowie zweitens der Umstand, dass es keinen geeigneten Mechanismus gab, um illegales Holz zu erkennen und vom EU-Markt auszuschließen.

Der FLEGT-Aktionsplan (Forest Law Enforcement, Governance and Trade) sah deshalb die Entwicklung von freiwilligen Partnerschaftsabkommen (VPAs) zwischen der EU und den einzelnenholzproduzierenden Ländern (FLEGT-Partnerländern) vor. Ziel dieser Abkommen soll es sein, illegal produzierte Hölzer vom nationalen und internationalen Handel der Partnerländer auszuschließen. In die EU exportiertes legal geschlagenes Holz würde man anhand von in den Partnerländern ausgestellten Lizenzen erkennen. Aus einem FLEGT-Partnerland stammendes Holz ohne diese Genehmigung würde die Einfuhr in die EU verweigert werden.

Hintergrundinformationen zu den VPAs

VPAs sollen in denholzproduzierenden Ländern das Engagement zur Einführung einer nachhaltigen Forstwirtschaft durch die Verbesserung der Forstgesetzgebung und deren Anwendung fördern. Solche bilaterale und regionale Ansätze, wie die VPAs, können als ersten Schritt zur Verbesserung die illegale Abholzung eindämmen. Um dauerhafte Lösungen zu entwickeln und verantwortungsbewusstes Waldmanagement zu fördern, müssen die Verhandlungen über diese Vereinbarungen alle interessierten Parteien in den produzierenden und konsumierenden

Ländern zusammenbringen.

Nach Ansicht der EU und einer Vielzahl der involvierten NGO müssen diese Partnerschaftsabkommen:

- durch Mechanismen eines breiten Engagements der Zivilgesellschaft entwickelt werden und regionalem Waldmanagement (community forestry) einen besonderen Stellenwert einräumen;
- darauf abzielen, öffentliche Verantwortlichkeit und Transparenz im Management der natürlichen Ressourcen zu schaffen;
- auf einer angemessenen Bewertung der nationalen Forstgesetze und der damit zusammenhängenden Gesetze (inkl. Umweltgesetze, Menschenrechte, Besitzverhältnissen und anderen) aller Partnerschaftsländer basieren.

Erst nachdem im produzierenden Land Einigkeit über das Verfahren besteht und eine alle zufrieden stellende Definition für 'illegales' Holz gefunden ist, kann ein wirksames Lizenzierungssystem installiert werden, welches legales Holz auszeichnet.

Umweltverbände fordern, dass verbesserte Regierungsführung im Mittelpunkt der VPAs stehen muss, wenn diese künftig gut wirksam sein sollen. Der Ministerrat der EU sieht die VPAs als Instrument, die zusammengefasst folgendes leisten sollen:

“Besitzverhältnisse und Zugangsrechte besonders der marginalisierten Gemeinden zu stärken, die gleichwertige Partizipation aller Interessenvertreter, namentlich die nicht-staatlicher Akteure und die indigener Völker im politischen Prozess zu stärken, die Transparenz zu erhöhen und Korruption zu reduzieren.”

Es ist entscheidend, dass potentielle Partnerländer nachweislich zu gleichberechtigtem, transparentem und nachhaltigem Management der Wälder verpflichtet sind und sich diese Verpflichtung im nationalen Rechtssystem widerspiegelt oder dies angestrebt wird. Gleichzeitig muss die EU sicherstellen, dass die VPA-Verhandlungen und weitere Reformen auf aussagekräftigen öf-

fentlichen Konsultationen unter Einbeziehung lokaler und indigener Gemeinschaften beruhen. VPAs, die nicht die breite Unterstützung zivilgesellschaftlicher Gruppen erfährt, sind zum Scheitern verurteilt.

Wie werden die Vereinbarungen funktionieren?

Ein Hauptmerkmal der angestrebten Vereinbarungen ist ein Holzlizenzierungsschema innerhalb dessen jedes Land, das einer freiwilligen Vereinbarung beitrifft ('Partnerland'), ein System einrichtet, das die legale Produktion der Holzprodukte für den Export in die EU nachweisen kann. Die EU-Grenzkontrollbehörden würden nur den Import lizenzierte Produkte von Partnerländern erlauben. Die **Grundelemente** sind:

- Eine **Definition** für 'legal produziertes' Holz, die alle Gesetze und Vorschriften beinhaltet, die im Produktionsprozess eingehalten werden müssen.
- Eine **gesicherte Produktionskette** des Holzes, die sich vom Wald, in dem es gefällt wird, über die verschiedenen Besitzer und Produktionsschritte bis hin zum Export zurückverfolgen lässt.
- Ein **Nachweissystem**, das mit angemessener Glaubwürdigkeit belegen kann, dass die Anforderungen für jede Exportsendung erfüllt werden.
- Die Ausgabe von **Lizenzen**, um die Ergebnisse des Legalitätsnachweises und der Produktionskette für gültig zu erklären.
- **Unabhängiges Monitoring** des ganzen Systems, um Glaubwürdigkeit zu gewährleisten und für Transparenz zu sorgen.

Ernstzunehmende Schwachstellen

Innerhalb der VPAs und der Lizenzierungsschemen mahnen NGOs die angemessene Beachtung von vier Schwachstellen an.

Reichweite: Ein Legalitäts-Lizenzierungsschema ist das zentrale Element der vorgeschlagenen VPAs. Es soll ermöglichen, legales Holz und legale Holzprodukte zu erkennen und sie für den Export nach Europa zu lizenzieren. Holz aus den Partnerländern ohne Lizenz wird der Zugang zum europäischen Markt verwehrt und diejenigen, die in den unerlaubten Handel involviert sind, machen sich strafbar. Solch ein System wird das Ausmaß illegaler Abholzung in Partnerländern nur dann bemerkbar verringern, wenn es auf dem gesamten Staatsgebiet Anwendung findet und sowohl alle Exporte (auch die in Nicht-

partnerländer) und den heimischen Holzhandel einschließt.

Holzwäsche: Wenn das Partnerland kein nationales Gesetz zum Verbot des Imports illegal geschlagenen Holzes und illegaler Holzprodukte hat, könnten solche Hölzer aus einem Nicht-Partnerland über ein Partnerland - dann ausgestattet mit einem rechtskräftigen Legalitätsnachweis - legal nach Europa eingeführt werden. Der Import nach Europa wäre formell trotz des illegalen Ursprungs des Holzes legal. Das Holz wäre gewissermaßen 'gewaschen' worden. Um diese Lücke zu schließen, sollten die Partnerländer entweder ihre nationalen Gesetze ergänzen und somit den Import illegal geschlagenen Holzes und illegaler Holzprodukte verbieten, oder die Regelung selbst sollte erweitert werden, so dass das FLEGT-Lizenzierungsschema

nur für Hölzer gilt, die im betroffenen Partnerland gewachsen sind und geschlagen werden.

Umgehung: Hölzer und Holzprodukte, die über ein Drittland - beispielsweise China - importiert werden, sind von der Regelung nicht betroffen. VPAs werden nur den direkten Handel zwischen dem VPA-Land und den EU-Mitgliedsstaaten abdecken. Solange diese Schwachstelle nicht abgestellt wird, wäre es ein Leichtes die VPA-Bemühungen verpuffen zu lassen.

Produktumfang: Der derzeitige VPA-Entwurf soll bisher nur den Handel mit Holz betreffen. Importe von Zellstoff, Papier und Möbeln sind nicht einbezogen. Wenn die EU VPAs verhandelt, muss sie gewährleisten, dass alle Wald-erzeugnisse in die Verhandlungen einbezogen werden.

Forderungen von NGOs an VPAs

Aufgrund langjähriger Erfahrung mit dem Holzhandel, der Entwicklungsdynamik und politischen Rahmenbedingungen in vielen Produktionsländern, haben sowohl die EU selbst als insbesondere auch eine Vielzahl der NGO klare Vorstellungen entwickelt, welchen Anforderungen die VPAs genügen müssen.

VPAs müssen

- die Zivilgesellschaft in die Gesetzgebung und in partizipatives Forstmanagement mit dem Ziel einbinden, die Forstverwaltung, die Durchsetzungsmechanismen und die Korruptionsbekämpfung zu verbessern, sowie eine Forstgesetzreform anzuregen und wahrhaft nachhaltiges Waldmanagement einzuführen
- ein nachhaltiges und faires Handelsregime aufbauen, das die Einführung eines glaubwürdigen Lizenzierungssystems beinhaltet, welches den Konsumenten garantiert, dass die Walderzeugnisse, die auf dem europäischen Markt verkauft werden, aus legalen und nachhaltigen Quellen stammen.

Um diese Ziele zu erreichen, fordern die NGOs die EU und die Partnerländer auf, die folgenden Prinzipien für jedes Partnerschaftsabkommen zu berücksichtigen und vollständig umzusetzen:

- Die Verwendung der Artikel 175 und 179 (Umwelt) des EG-Vertrages, an-

statt des Artikels 133 (Handelspolitik) als die rechtliche Basis der VPA-Verhandlungen;

- Die Berücksichtigung **partnerschaftlicher Prinzipien**, die die produzierenden Länder zu einem zeitgebundenen Aktionsprogramm verpflichten, das sozial und ökologisch verantwortliches Forstmanagement beinhaltet, den Biodiversitätsverlust in Wäldern stoppt, soziale Gerechtigkeit fördert und zur Armutsbekämpfung beiträgt.

Diese Prinzipien sollten beinhalten:

- Ein **verständliches Verfahren**, das eine gleichwertige und umsetzbare Beteiligung der Zivilgesellschaft - inklusive lokaler Gemeinschaften und der Organisationen indigener Völker bzw. deren demokratisch gewählten Vertretern - in den Verhandlungen und der Implementierungsphase der VPAs ermöglicht und gewährleistet;
- Eine **Überprüfung aller waldrelevanten Gesetze**, um Schwachstellen sowie soziale und ökologische Ungerechtigkeiten zu erkennen und, wenn nötig, gesetzliche und politische Reformen anzuregen, die die sozialen und ökologischen Standards stärken sollen. Zudem sollte das Forstmanagement neu so ausgerichtet werden, dass es prioritär zur Armutsbekämpfung und den Bedürfnissen der Bevölkerung beitragen kann;

- Den **Aufbau partizipatorischer Flächennutzungsplanung**, um ein effektives Management und die nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen sicherzustellen. Dabei müssen die Besitzverhältnisse sowie Zugangsrechte insbesondere für marginalisierte ländlichen Gemeinden und indigene Völker gestärkt, die Plätze von hohem ökologischem, kulturellem und sozialem Wert geschützt, sowie Bewirtschaftungskonzessionen transparent und offen bewilligt und vergeben werden;

- Die **Stärkung der Gerichts- und Verwaltungsbehörden** und des Kampfes gegen Korruption, unter anderem durch die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Aufsichtsinstrumente, wie zum Beispiel des Independent Forest Monitoring (Unabhängiges Monitoring der Waldbewirtschaftung), welches für die Gewährleistung öffentlicher Glaubwürdigkeit auf lokalem und internationalem Niveau unverzichtbar ist;

- Die **Integration nachhaltigen Waldmanagements** und FLEGTs in die Planung und Ausführung der nächsten Runde der EU Country Strategy Papers (Landesstrategie Grundsatzpapiere) und die Bereitstellung angemessener Finanzmittel für Capacity Building und die Unterstützung der Einführung grundlegender Reformen.

Holzhandel und Handwerk haben es in der Hand

■ Bindeglied zwischen Holzproduktion und VerbraucherInnen

Wer ein Möbel oder ein anderes Stück Holz kauft, erfährt in den wenigsten Fällen, unter welchen Umständen und auf welchen Wegen das Produkt in den Laden gelangt ist. Wer angesichts der globalen Waldzerstörung sicher gehen und Details erfahren will, muss von Holzhändlern, Baumärkten, Schreincern, Möbelherstellern etc. einen äußerst negativen Eindruck bekommen: in den seltensten Fällen gibt es Fakten und hilfreiche Auskunft, das ganze Gewerbe scheint einiges zu verbergen zu haben. Aus vielen Gesprächen mit Verkäufern, Tischlern, Importeuren, Händlern und Geschäftsführern haben wir aber nicht den Eindruck gewonnen, dass sie alle von Grund auf böse sind. Abgesehen von einigen Überzeugungstätern, würde die große Mehrzahl ihren Kunden gerne Ware anbieten, bei denen beide Seiten kein schlechtes Gewissen haben müssen, weil es illegale Schmuggelware ist und das Blut von Menschen und Tieren des Regenwaldes daran klebt.

Die große Mehrheit der Akteure fühlt sich im Stich gelassen. Im Stich gelassen von Verbandsvertretern, die offensichtlich einige Schlimmfälle kennen und meinen, deren Schandtaten durch allgemeines Stillschweigen und Verdummen zum Schaden aller anderer decken zu müssen. Im Stich gelassen von Politikern, die nicht in der Lage oder Willens sind, ein System zu entwickeln und durchzusetzen, das illegale Ware vom Markt ausschließt und Wald retten hilft. Im Stich gelassen aber auch von Umweltorganisationen, die auf werbewirksame Kampagnen bedacht sind, ohne wirkliche Lösungen anzubieten.

Das Hauptproblem der Holzbeschaffung besteht weiterhin darin, dass Holz das einzige weltweit gehandelte Produkt ist, das, auch wenn es aus illegaler Quelle stammt, mit dem Grenzübertritt legalisiert wird. Um seinen Kunden daher die Garantie zu bieten, dass die angebotenen Produkte aus legalen Quellen stammen, müsste ein Händler die Produktionskette seines Produktes quasi bis zurück zur Fällung des Baumes zurückverfolgen und dokumentieren. Eine solche Überprüfung mag für große Konzerne und Handelshäuser noch zu bewerkstelligen sein, für den tischlernden Ein-Mann-Betrieb ist dies nicht möglich. Es gibt aber Vorschläge, wie man vollkommen illegale Schmuggelware vom Kunden fernhalten kann.

Auf Nummer sicher geht, wer aus regionaler Produktion kauft. Ein Zimmermann, der den Dachstuhl aus Holz anbietet, welches von der Sägerei im Nachbarort bezogen wurde, hat nur zwei Zwischenschritte nachzuweisen. Wenn die Sägerei ihr Rohmaterial dann viel-

leicht noch aus dem kommunalen Wald bezieht, dann kennt man als Kunde die Beteiligten sogar persönlich - Raubbau am Wald und dessen Vertuschung sind hiermit mit allergrößter Sicherheit ausgeschlossen.

Schwieriger wird es, wenn das Bauholz aus dem 'Osten' stammt. Das kann dann viele tausend Kilometer und viele Zwischenschritte bedeuten. Aber auch da würde es, die Bereitschaft des Anbieters vorausgesetzt, Möglichkeiten zum Ausschluß von Raubbauware geben.

Im Folgenden wollen wir drei solcher Ansätze vorstellen, einen von Regierungsseite, einen von Unternehmerseite und einen dritten von einer Umweltorganisation.

Anlaufstelle: www.raubbau.info

Bis zum jetzigen Zeitpunkt hat der Holzhandel in Deutschland das Thema illegaler Holzhandel und Maßnahmen dagegen, wohlwollend ausgedrückt, gemieden. Schlimmer: der Verband GDH hat nach eigenen Angaben das Urwaldschutzgesetz verhindert (siehe Seite 16). Nach unserem Kenntnisstand kann man auf eine aktive und zielführende Herangehensweise nicht schließen, wie sie das Problem vom Hauptverantwortlichen erfordert. Während die 'bösen' Akteure das Umfeld der Illegalität und mangelnden Transparenz ganz bewusst nutzen, leidet der Großteil der Händler und Handwerker darunter, Kunden im Ungewissen lassen oder gar anlügen zu müssen. www.raubbau.info will diese Lücke schließen, Informationen und Lösungsansätze anbieten und für Transparenz sorgen.

I. The central point of expertise for timber procurement (CPET)

CPET wurde vom britischen Ministerium für Umwelt, Ernährung und Landwirtschaft eingeführt, um die von der britischen Regierung beschlossene Beschaffungspolitik für Holz umzusetzen. Diese Beschaffungsrichtlinie fordert die Händler dazu auf, die Produktkette (chain of custody) vom Ursprungswald bis zum fertigen Endprodukt zu überprüfen und sich von Zulieferern mit den entsprechenden Dokumenten belegen zu lassen. Diese Dokumente müssen einer unabhängigen Überprüfung standhalten, denn ansonsten kann das angebotene Holz zurückgewiesen werden.

Die Händler müssen letztlich also **drei Schritte** befolgen, um am Ende - der britischen Regierung zufolge - legales und nachhaltiges Holz in den Händen zu halten: zuerst müssen **die Zulieferer über die neue Politik unterrichtet und deren Einhaltung eingefordert** werden; jede Lieferung muss **mit den notwendigen Dokumenten und Zertifikaten belegt werden** und schließlich **muss der Händler diese Dokumente auf ihre Echtheit hin überprüfen**, was er anhand eines kurzen Fragebogens, den die CPET auf ihrer Homepage bereitstellt, schnell erledigen kann.

Allerdings hat diese Beschaffungsrichtlinie eine ganz entscheidende Schwachstelle: Sie akzeptiert nahezu alle gängigen, noch so suspekten und sich derzeit im Umlauf befindlichen Zertifikate. Neben dem Mindeststandard FSC, auch die aufgrund ihres mangelhaften Nachhaltigkeits- und Partizipationsverständnisses zweifelhaften Zertifikate von CSA, PEFC, SFI und MTCC. Durch die Zulassung dieser Zertifikatvielfalt, die ein wesentliches Problem des illegalen Holzhandels darstellt, umgeht die Beschaffungsrichtlinie der britischen Regierung den Kern des Problems und steht wieder am Anfang - alles ist erlaubt.

Informationen auf der Homepage des CPET: www.proforest.net/cpet

II. B&Q Timber Policy and Buying Standards

B&Q ist die größte Baumarktkette Großbritanniens und eines jener wenigen Unternehmen, das sich ohne externen Druck von Stakeholdern (Interessensvertretern) bereits 1992 auf eine nachhaltige Unternehmenspolitik festgelegt hat. Ein besonderer Aspekt dieser Politik ist die Beschaffung von Holz und Holzprodukten.

B&Q geht über die Beschaffungsrichtlinie der britischen Regierung hinaus und hat sich festgelegt, **nur Produkte mit dem FSC-Zertifikat anzuerkennen**, da dies ihrer Meinung nach am ehesten der Beweis dafür ist, dass das Holz aus legaler und nachhaltiger Quelle stammt. Von daher müssen sich alle Zulieferer dieser Beschaffungspolitik von B&Q anpassen und Beweisen, dass die Produktkette FSC-zertifiziert ist.

Nur **in besonderen Ausnahmen akzeptiert B&Q auch Produkte, die ein anderes Zertifikat tragen**. Allerdings müssen die Zertifikate sieben Grundvoraussetzungen (z.B. unabhängiger und vollständiger Nachweis der Produktkette, Partizipation aller Stakeholder (Interessensvertreter), Einhaltung international anerkannter Standards der nachhaltigen Forstwirtschaft, Transparenz in Klagefällen, Monitoring etc.) erfüllen, um überhaupt in Erwägung gezogen zu werden. So müssen Lieferanten, die Produkte mit dem PEFC-Siegel handeln, die komplette Produktkette nachweisen und eine unabhängig ausgestellte Versicherung abgeben, dass das Holz den Erfordernissen des FSC-Standards entspricht. Diese Beschaffungspolitik wird regelmäßig überprüft und Produkte, die den Anforderungen nicht entsprechen, werden entweder nicht angenommen oder aussortiert.

Informationen auf der Homepage von B&Q: www.diy.com

III. World Wide Fund for Nature (WWF)

Die international arbeitende Umweltorganisation WWF hat unter dem Titel „Keep it legal“ eine 54-seitige Anleitung veröffentlicht, anhand derer Händler - mittels Fragebögen - das Risiko, illegales Holz zu beziehen und anschließend weiterzuverkaufen, minimieren können.

Zunächst bietet der WWF eine kurze Problembeschreibung des illegalen Holzeinschlags und -handels, bevor schließlich aufgezeigt wird, wie Händler mit ihren Zulieferern verfahren und welche Bedingungen sie ihnen stellen sollen.

In **vier Schritten** ist es demnach möglich, die Risiken zu minimieren. In einem ersten Schritt sollte man **sich über die Zulieferer informieren**, denn bereits durch die Wahl des richtigen Zulieferers kann man illegales Holz ausschließen. In einem zweiten Schritt muss man **sich über die Verifizierung des gekauften Holzes klar werden** und eine entsprechende **Überprüfung einsetzen**. Denn je riskanter das Herkunftsland des Holzes, desto schwieriger und komplizierter wird die Überprüfung dessen Legalität. Der dritte Schritt ist die **Durchsetzung der Verifizierung**, d.h. über einen längeren Zeitraum muss man in Zusammenarbeit mit seinen Zulieferern dafür Sorge tragen, illegale Bezugsquellen auszuschließen, Sicherheitslücken zu verringern und sich eventuell von uneinsichtigen oder verbesserungsresistenten Lieferanten zu trennen. Im vierten Schritt schließlich müssen die **Legalitäts- und Herkunftsnachweise auf ihre Echtheit sowie auf ihren Wahrheitsgehalt hin überprüft** und das Verfahren gegebenenfalls verbessert werden.

Um den Händlern die Umsetzung dieser vier Schritte zu vereinfachen, hat der WWF einen ausführlichen Musterfragebogen in die Anleitung aufgenommen, der es ermöglicht, die Produktkette bis zur Fällung des Baumes zurückzuverfolgen.

Informationen auf der Homepage des WWF ist: www.panda.org/gftn

Esbleibt noch viel zu tun:

Zieht man alleine die in der Anleitung des WWF aufgeführten unterschiedlichen Definitionen, die über „illegalen Holzeinschlag“ im Umlauf sind, in Betracht, wird deutlich, wie dringend erforderlich es ist, zu einer klaren Regelung bezüglich des Holzhandels zu kommen.

- Es darf nicht sein, dass illegal geschlagenes und über die Grenze geschmuggeltes Holz mit dem Grenzübertritt einen legalen Status erhält.
- Es darf nicht sein, dass unterschiedlichste Zertifikate für angeblich „nachhaltiges“ und „legales“ Holz auf dem Markt zirkulieren, die zum Teil von Unternehmen selbst entworfen wurden und jeglichen Nachhaltigkeits- und Legalitätskriterien spotten, und deren einziges Ziel der Betrug am Kunden ist.
- Es darf nicht sein, dass Holzhändler und ihre Verbände die Verantwortung für dieses Problem beiseite schieben oder sich mit dem Verweis auf die zuständige Politik aus der Verantwortung stehlen.

B&Q beweist seit nunmehr fünfzehn Jahren, dass auch Unternehmen eine Verantwortung tragen und deshalb nicht bankrott gehen müssen.

Der Mörder war wieder der Gärtner

■ Gesamtverband deutscher Holzhandel (GDH) verhindert Waldschutz-Gesetz

Reinhard Mey versteht nichts von Holzhandel. Er weiss auch nichts über die Verantwortung, die der Holzhandel als 'Vermittler' zwischen Holzproduktionsregion und Verbraucher hätte. Und noch weniger ahnt er von den Praktiken mancher Holzhändler, die uns mit illegalem Holz versorgen und dabei zur Verwirrung und Täuschung der Verbraucher so tun, als sei im Wald alles in bester Ordnung. Reinhard Mey würde sein Lied heute über den Holzhandel machen, etwa so: 'der Mörder war wieder der GD Holz und er plant schon den nächsten Coup.'

Im Juni diesen Jahres lehnte der Bundestag mit den Stimmen der Großen Koalition und der FDP das Urwaldschutzgesetz ab, das von Bündnis 90/Die GRÜNEN in seiner Urfassung von 2005 eingebracht wurde. Mit dem Argument, dass die Brüsseler FLEGT-Verordnung keine nationalen Alleingänge zuließe, begründete die Bundesregierung ihre ablehnende Haltung gegenüber einem Gesetz, welches den Handel mit illegal geschlagenem Holz und Holzprodukten sowohl in den Herkunftsländern als auch in Deutschland unter Strafe gestellt hätte. Wir wissen: dies ist faktisch falsch, da die EU angesichts der zu erwartenden Wirkungsschwäche ihrer eigenen Pläne ausdrücklich zusätzliche Maßnahmen zulässt.

Besondere Genugtuung löste diese Ablehnung beim Gesamtverband Deutscher Holzhandel aus. Weil dieses Gesetz zu einer 'weiteren unerträglichen Belastung der Holzhandelsunternehmen' geführt hätte, bezeichnet der GD Holz die Ablehnung als 'Triumph', für den man als Interessenverband 'solide gearbeitet' habe.

Bereits im Jahr 2005 hatte der GD Holz eine ausführliche Stellungnahme zum Urwaldschutzgesetz vorgelegt und dabei eine rein destruktive Haltung eingenommen und nicht im geringsten vermittelt, was man selbst zur Lösung des Problems beitragen wolle. Im Gegenteil, man konnte den Eindruck gewinnen, dass Holzhandel auch ohne Holz möglich ist:

Der Urwaldbegriff des Gesetzes sei nicht stimmig - eine eigene Definition vorzulegen sei aber nicht nötig; ein Ge-

setz sei nicht erforderlich - schließlich reiche FLEGT völlig aus; man selbst habe mit Holzeinschlag nichts zu tun - den Regenwald machen die 'verarmten' Indigenen kaputt; eine 'Solo-Aktion' Deutschlands bringe nichts - warum soll man auch handeln, die anderen machen ja schließlich auch nichts.

Einen Vorschlag zur Güte hatte die Stellungnahme dann doch noch zu bieten. Ganz am Ende - vermutlich ist beim Korrekturlesen aufgefallen, dass Holzhandel ohne Holz doch nicht möglich ist - heißt es, dass man derzeit einen Verhaltenskodex für Holzhändler erarbeite, der zur Lösung des Problems beitrage. Wohlgemerkt, dieser Kodex war laut der zitierten Stellungnahme bereits an Ostern 2005 in Arbeit - jetzt haben wir Ende 2006 - und bisher gibt es kein Resultat. Daraus lassen sich eigentlich nur zwei Schlüsse ziehen: Entweder der GD Holz hat ein schlechtes Gewissen und muss dementsprechend einen umfangreichen Kodex vorlegen oder er hat in der Stellungnahme gelogen und nie vorgehabt, einen Verhaltenskodex zu erarbeiten.

Im Geschäftsbericht 2005 - im Frühjahr 2006 verfasst - ist die Stellungnahme noch einmal im Wortlaut abgedruckt und nährte zumindest die Hoffnung, dass doch etwas daran sei an der Erarbeitung eines Kodexes, denn immerhin schien man sich nun auf einen Namen geeinigt zu haben. Während im Jahr 2005 noch von "Verhaltenskodex" die Rede war, heißt es ein Jahr später nun "Code of Conduct". Respekt, wenn es in dieser Geschwindigkeit weitergeht, ist der Kodex - neuerdings 'Code' - als ein ähnliches Mammutprojekt anzusehen wie der Bau des Kölner Doms.

Vielleicht hat es aber auch eine gute Seite, wenn dieser Code of Conduct nicht das Licht der Welt erblickt. Denn im Geschäftsbericht 2005 'droht' der GD Holz bereits mit der Entwicklung einer Nachhaltigkeitsstrategie, deren primäres Ziel es sein soll, 'das Image des Holzfachhandels ... zu fördern'. Scheinbar hat der GD Holz das Prinzip 'Nachhaltigkeit' noch nicht richtig verstanden.

Eine Nachhaltigkeitsstrategie, soll sie diesen Namen auch verdienen, basiert auf der Gleichwertigkeit der drei Dimen-

sionen Ökonomie, Ökologie und Soziales. Image sollte bei der Planung keine Rolle spielen. Bereits aus der Stellungnahme zum Urwaldschutzgesetz geht deutlich hervor, dass der GD Holz die Ökonomie deutlich höher bewertet als die Ökologie und über die Einschätzung des Sozialen sei an dieser Stelle nur auf die Ausführungen des Hauptgeschäftsführers des GD Holz zur Umsiedlung der Penan in Sarawak verwiesen (siehe News-Letter Nr. 19/20, S.4f.).

Unsere Einschätzung: Der GD Holz nutzt den Code of Conduct (bzw. die Ankündigung desselben), um sich der Kritik zu entziehen. Falls es zu einem Code kommen sollte, wird er ausreichend inhaltslos und nichtssagend sein, um die Geschäfte möglichst wenig zu stören. Der Mörder war wieder der GD Holz und er plant schon den nächsten Coup ...

Selbstverpflichtungserklärung (SV)

Unter einer Selbstverpflichtungserklärung (SV) versteht man laut Bundesumweltministerium 'eine einseitig abgegebene Erklärungen von Unternehmen oder Wirtschaftsverbänden (...), bestimmte Umweltschutzmassnahmen vorzunehmen. Diese SV werden in der Regel vom Staat informell entgegengenommen, ohne dass der Staat eine Verpflichtung eingeht. In der Regel liegt jedoch der Abgabe einer Selbstverpflichtungserklärung durch die Wirtschaft die politische Erwartung zugrunde, dass der Staat im Gegenzug auf den Erlass von Rechtsvorschriften verzichtet. Mit dem Einsatz des umweltpolitischen Instruments der SV soll Akteuren aus der Wirtschaft Gelegenheit gegeben werden, bestimmte umweltpolitische Ziele in einer bestimmten Frist durch eigenverantwortliches Handeln zu verwirklichen. Wirtschaftsverbände bzw. Unternehmen verpflichten sich gegenüber dem Staat auf ein konkretes umweltpolitisches Ziel und legen fest, wie der Nachweis der Einhaltung der Verpflichtung geführt werden soll. Die Umweltziele sollen dabei durch größere Flexibilität für die Wirtschaft schneller und kostengünstiger verwirklicht werden. SV setzen nicht auf Preissignale und Wettbewerb, sondern gründen sich auf Absprachen zwischen Wirtschaftsteilnehmern. Der grundlegende Unterschied zwischen SV und anderen Instrumenten der Umweltpolitik liegt vor diesem Hintergrund in dem Verzicht auf staatliche Rechtsetzung, wie sie ordnungsrechtlichen Lösungen, Umweltabgaben und bindenden Zertifikatlösungen zugrunde liegt'.

Der deutsche Holzhandel zeigt wenig Interesse an einer gesetzlichen Regelung des Urwald- bzw. Regenwaldschutzes (wir sagen: er hat eine solche aktiv torpediert), sondern favorisiert statt dessen eine Selbstverpflichtungserklärung, genannt Code of Conduct. Doch selbst dies scheint über die Vorstellungskraft wenigstens der Verbandsvertreter hinauszugehen (wir haben von diversen Händlern Rückmeldung, dass sie dies als dringend nötig erachten und selbst schon etwas ungeduldig sind). Ob fehlender politischer Wille oder einfach mangelhafte Formulierung Grund für die Verzögerung sind, kann man von aussen nicht beurteilen.

Für all diejenigen Holzhändler, Schreiner, Möbelhersteller und -händler, Baumärkte etc., die bereits jetzt etwas gegen Holz aus illegalem Einschlag unternehmen und nicht warten wollen bis der GD Holz sich zu einer Erklärung durchgerungen hat, bieten wir folgend beispielhaft eine Selbstverpflichtungserklärung zum verantwortungsvollen Umgang mit Wald- und Holzprodukten. Selbstverständlich kann diese Erklärung auch den angestregten Denkern in den Stuben des GD Holz als Muster für ihren Verhaltenskodex dienen:

■ Selbstverpflichtungserklärung

Selbstverpflichtungserklärung zum verantwortungsvollen Bezug von Holz (Muster)

Als verantwortungsbewußtes Unternehmen, das Holz und Holzprodukte handelt, verarbeitet, herstellt und verkauft sehen wir es als unsere Aufgabe an, die Wälder dieser Erde als artenreiche und von natürlichen Prozessen bestimmte Ökosysteme, als Lebens- und Wirtschaftsgrundlage der Menschen und als nachwachsende Ressource zu schützen, zu erhalten und wiederherzustellen. Daher verpflichten wir uns, dass alle Hölzer und Holzprodukte die wir beziehen, aus Altholzbeständen oder aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern stammen, die über ein international anerkanntes und unabhängig vergebenes Zertifikat (FSC) verfügen. Um sicherzustellen, dass wir dieses Ziel erreichen, verpflichten wir uns:

1. von unseren Zulieferern den Nachweis über die ordnungsgemäße nachhaltige Bewirtschaftung der Wälder, aus denen das Holz stammt, zu verlangen;
2. von unseren Lieferanten und sonstigen Zwischenhändlern die Herkunft des Holzes entlang der Produktionskette, d.h. von der Fällung des Baumes über die Weiterverarbeitung bis zur Lieferung des Produktes an uns, schriftlich offenlegen zu lassen;
3. keine Hölzer oder Holzprodukte zu beziehen,
 - die illegal geschlagen oder gehandelt wurden;
 - die gegen das Washingtoner Artenschutzabkommen (CITES) verstoßen;
 - aus natürlichen Wäldern, die in Plantagen oder andere Nutzflächen umgewandelt werden;
 - deren Handel bewaffnete Konflikte unterstützen oder weiter anheizen und die politische Stabilität der Region gefährden ("Blutholz" bzw. "conflict timber");
 - aus Staaten deren Regierung Menschenrechte und insbesondere die Rechte indigener Völker und anderer traditioneller Waldbewohner verletzt;
 - die von gentechnisch veränderten Bäumen stammen;
 - deren Herkunft unbekannt ist;
4. sowohl den Nachweis der Herkunft, als auch der Produktionskette von unabhängigen Dritten verifizieren zu lassen;
5. keine Produkte zu handeln, die mit Zertifikaten ausgestattet sind, die nicht unabhängig vergeben werden und keine gleichgewichtige Partizipation aller Stakeholder gewährleisten (AFS, CERFLOR, CSA, MTCC, PEFC, SFI etc.);
6. das FSC-Zertifikat als Mindeststandard anzusehen und im Rahmen unserer Möglichkeiten zu dessen Verbesserung beizutragen;
7. mit allen betroffenen Stakeholdern zusammenzuarbeiten, um eine transparente und glaubwürdige Zertifizierung zu gewährleisten, die die Kriterien der Nachhaltigkeit erfüllt;
8. internationale Embargos der Vereinten Nationen und der Europäischen Union einzuhalten, d.h. sie weder zu umgehen, noch auf deren Aussetzung hinzuwirken;
9. unseren Verband dazu aufzufordern, Druck auf die Bundesregierung und die Europäische Union auszuüben, um ein wirksames Importverbot illegal geschlagenen Holzes zu installieren und durchzusetzen;
10. auf unsere Lieferanten und sonstigen Bezugsquellen einzuwirken, unsere hier festgelegten Standards anzuerkennen und ebenfalls umzusetzen oder die Geschäftsbeziehung zu beenden;
11. unsere hier dargelegte Bezugspolitik unabhängig evaluieren zu lassen; und
12. jährlich einen - allen Stakeholdern zugänglichen - Bericht zu veröffentlichen, der unsere Fortschritte bei der Implementierung und Umsetzung unserer Bezugspolitik sowie die Ergebnisse der unabhängigen Evaluation enthält.

"Das interessiert doch keine Sau!"

■ Erfahrungen aus dem Kampf gegen Raubbau und Ignoranz

Der Welternährungsorganisation FAO zufolge werden jährlich etwa 130.000 km² Wald vernichtet, ein großer Teil durch die Holzwirtschaft. Und was geschieht mit all den der Vernichtung zum Opfer gefallenen Bäumen, die zumeist auch noch illegal geschlagen wurden? Sie gelangen als Holz in verschiedenen Formen und Verarbeitungsstufen in den Handel und damit auch auf den deutschen Markt. 2005 wurden zwei Millionen m³ Tropenlaubholz im Wert von über 660 Millionen Euro in die Bundesrepublik Deutschland importiert. Wie es einem ergehen kann, wenn man unangenehme Fragen stellt, schildert der folgende Erfahrungsbericht eines Mitarbeiters von Pro REGENWALD, der mit unzähligen Holz- und Möbeldhändlern sowie Handwerkern in Deutschland telefoniert hat.

Anlässlich unseres Projektes "Raubbauholz bannen!" haben wir daher überprüft, wie die holzhandelnden und -verarbeitenden Betriebe in Deutschland mit der Raubbauproblematik umgehen und entsprechende Kundenanfragen beant-



worten. Die Ergebnisse sind unter der Adresse www.raubbau.info einzusehen und können durch Ihre persönlichen Erfahrungen beim Holz- oder Möbelaufkauf ergänzt, erweitert und aktualisiert werden.

Annäherung als KonsumentIn

Wenn Sie für den kommenden Sommer die Anschaffung neuer Gartenmöbel planen, haben Sie sich sicherlich zuvor Gedanken gemacht, ob die Möbel aus Plastik, Metall oder Holz sein sollen. Sobald Sie sich für Holz entschieden haben, haben vermutlich die wenigsten von Ihnen darüber nachgedacht, welche Holzart es sein soll, woher das Holz kommen oder ob es gar zertifiziert sein soll. Sollten Sie sich diese Fragen gestellt haben, sind Sie ein problembewußter Kunde und eigentlich bestens für die Auseinandersetzung mit dem Verkäufer gerüstet. Eine Frage ist Ihnen aber bestimmt nicht in den Sinn gekommen: "Was ist mein Holzverkäufer für ein Mensch und wie reagiert er auf meine Fragen?"

Am einfachsten: Keine Fragen stellen

Wenn Sie sich dumm stellen und einfach nur das Geld für das erst beste Möbelstück, das Ihnen der Verkäufer andreht auf den Mahagoniverkaufstresen legen, werden Sie ihn für einen angenehmen

Zeitgenossen halten. Sobald Sie ihn aber nach der Herkunft seines Holzes oder gar nach einer Zertifizierung fragen, sehen Sie zu, dass Sie ganz schnell Land gewinnen.

Transparenz muss man sich erkämpfen

Selbstverständlich können Sie auch auf Nummer sichergehen und Ihre Fragen zuvor telefonisch oder per E-Mail einreichen. Mit einer Antwort dürfen Sie in diesem Falle aber nicht rechnen. Auch wir wollen den Händlern nichts Böses, sondern sie nur telefonisch bitten, einen Fragebogen auszufüllen. Selbst bei intensiver Grübelelei nimmt die Beantwortung nicht mehr als fünf Minuten in Anspruch.

Die erste, und bei vielen Betrieben unüberwindliche Hürde, sind die Sekretärinnen, von denen man sich erhofft, zu einem kompetenten Ansprechpartner oder gar dem Geschäftsführer weiter verbunden zu werden. In der Regel gibt es nun drei mögliche Varianten. Man wird tatsächlich weiter verbunden (dazu später mehr), man darf zwar den Fragebogen an die Geschäftsleitung schicken, sprechen darf man aber nicht mit ihr oder der mögliche Ansprechpartner ist im Moment nicht zu sprechen. Die zweite Variante ist zwar nicht zufriedenstellend, man hat aber zumindest einen Anknüpfungspunkt für zukünftige Anrufe.

Nahezu katastrophal ist der dritte Fall, denn nun ist man dem Zufall auf Gedeih und Verderb ausgeliefert. Der gewünschte Ansprechpartner wird nämlich auch bei zukünftigen Anrufen "im Moment verhindert" sein. Sei es, dass er eben telefoniert, ein Kundengespräch führt, im Lager ist, zu Mittag isst, eine schwere Krankheit hat, sich just in den Feierabend verabschiedet hat oder noch für unbestimmte Zeit im Urlaub (und das meist

ganz weit weg) weilt.

Mit Umweltschützern reden sie nicht - Anweisung vom Dachverband GDH

Viele Geschäftsführer deutscher Holzhandelsbetriebe haben auch sehr interessante Arbeitszeiten sobald sie erfahren, dass ein Mitarbeiter einer Umweltorganisation sie sprechen möchte. Zum Beispiel hat mir eine Sekretärin klargemacht, dass ihr Chef den Betrieb mit mehreren Standorten in Europa nur morgens von 6-8 Uhr führt, manchmal würde er aber auch nachmittags noch vorbeischauchen. Ich solle einfach mein Glück weiter versuchen.

Sehr verlässlich ist es, wenn es heißt, man würde dem Chef eine Bitte um Rückruf auf den Schreibtisch legen. Bis heute hat niemand zurückgerufen.

Fast noch interessanter als die ungewöhnlichen Arbeitszeiten so manchen Geschäftsführers ist die Tatsache, dass manche Geschäfte gar nicht zu existieren scheinen. Ein Mannheimer Holzhändler mit einer imposanten Homepage beispielsweise ist nie da. Er geht zu keiner Tageszeit ans Telefon, reagiert nicht auf E-Mails und selbst bei einer konkreten Kaufanfrage, für ein bestimmtes Tropenholzpaket, bleibt er stumm.

So richtig spannend wird es aber erst, wenn man tatsächlich einen Ansprechpartner am Telefon hat - sei es nun ein Holzeinkäufer oder die Geschäftsführung. Ist man soweit gekommen, passieren die vielfältigsten Dinge.

Da gibt es die Unspektakulären, die bereit sind, den Fragebogen auszufüllen und dies auch tatsächlich machen. Es gibt diejenigen, die sagen, sie würden den Fragebogen ausfüllen, es aber nie machen und bei Rückfragen auf einmal zur Kategorie "im Moment verhindert" gehören oder deren Computer plötzlich kaputt ist und wohl auch nie mehr funktionieren wird und es gibt die, die den Fragebogen beantwortet zurückschicken. Ihre Antworten aber sind selbst bei bestem Willen nicht mit der Firmenpolitik oder den Darstellungen auf den Homepages in Einklang zu bringen.

Von großer Bedeutung kann es sein, laut

und vor allem sehr schnell zu sprechen, denn sobald die Stichworte "Pro REGENWALD" und "Fragebogen" gefallen sind, geht es meistens rasend schnell. Entweder man hört sich selbst noch spre-



chen, während der Holzhändler schon längst aufgelegt hat und bereits wieder Koi-Kescher aus Teak zusägt. Oder er fällt einem ins Wort, würgt einen geradezu ab und legt, begleitet von einer Schimpfkanonade

sofort auf, bevor man auch nur die Chance hat, etwas zu entgegnen.

Dringend vonnöten bei derlei Anrufen ist ein Geräusch unempfindliches Gehör. Ein gebrülltes "NEIN, WIR GEBEN KEINE AUSKÜNFTE!" am frühen Morgen macht zwar wach, ist aber nicht sehr höflich. Vermutlich haben nur unse- retwegen viele Holzhändler in Deutschland kaputte Stimmen oder Telefone.

Ohne Geduld ist ebenfalls nicht viel zu erreichen. In einigen Unternehmen wird man bei jedem Anruf zu einem anderen Ansprechpartner durchgereicht, obwohl man eigentlich mit demjenigen sprechen will, der den Fragebogen schon längst vorliegen hat. So gibt es mittlerweile Unternehmen, in denen die gesamte Belegschaft in das Projekt eingeweiht ist und den Fragebogen in irgendeiner Form vorliegen hat - dass er aber beantwortet wird heißt das noch lange nicht.



Manchmal - aber wirklich nur manchmal - ergibt sich die Möglichkeit eines längeren Gespräches. Dabei erfährt man dann, dass bereits eine andere Umweltorganisation nachgefragt hätte und wir sollen uns

die gewünschten Informationen doch bitte von denen besorgen. Manche füllen grundsätzlich keine Fragebogen aus - warum eigentlich? Ist Transparenz und Kundeninformation nicht auch im Interesse des Unternehmens?

Sehr viele Unternehmen schieben jegliche Verantwortung einfach von sich. Sie würden ja selbst nicht produzieren, sondern die Ware lediglich von einem Lie-

feranten beziehen, also müsse der dafür Sorge tragen, dass das Holz nicht aus illegalem Holzeinschlag stamme oder zertifiziert sei. Für sie selbst sei das Thema damit erledigt.

Lustig wird das Gespräch dann, wenn man zu hören bekommt, dass zertifiziertes Holz nicht widerstandsfähig ist und nach spätestens zwei Jahren auseinanderfalle. Außerdem, warum soll man den zertifiziertes Holz führen, wenn der Kunde es überhaupt nicht nachfrage. Und da ihr Holz aus Plantagen stamme, werde durch sie ja auch kein Regenwald zerstört.

Dass Plantagenholz keineswegs den Regenwald schont und Plantagenwirtschaft immer häufiger mit Berichte über ökologische und soziale Konflikte konfrontiert wird und Plantagenholz somit nicht das Großartigste überhaupt ist, scheint noch nicht bis zu allen Holzhändlern durchgedrungen zu sein.

Selbstverständlich gibt es auch solche, die offen zugeben, dass ihnen die Zerstörung des Regenwaldes völlig egal ist und sie an zertifiziertem Holz keinerlei Interesse haben. Allein dieser Umstand könnte einen als Anrufer schon zur Raserie bringen. Das Aggressionsbewältigungstraining wird aber spätestens dann erforderlich, wenn sich in solche Aussagen rassistische Äußerungen mischen, wie etwa "die Ausländer sind doch eh alle korrupt" oder "wenn wir das gute Holz nicht holen, brennen es doch die Buschaffen ab".

Es ist keineswegs so, dass wir "die Endverbraucher verarschen, da wir sowieso keinerlei Einfluß haben, etwas zu verändern", wie uns allzu oft unterstellt wurde.

Kein Kunde ist gezwungen bei intransparenten, ignoranten und unflätigen Schreihälsen einzukaufen. Unter www.raubbau.info finden sich genügend Beispiele vorbildlicher Händler, Schreiner, Baumärkte und Möbelketten, die das Problem erkannt haben und sich ihrer Verantwortung gegenüber ihren Kunden und der Umwelt bewußt sind.

Kaufen Sie da, wo man Ihnen glaubhaft vermittelt, der Waldzerstörung durch die illegale Holzwirtschaft angemessen zu begegnen.

Links gegen den Raubbau

www.raubbau.info - Deutschsprachige Seite zu Hintergrund, aktuelle Diskussion zum Thema bei der EU, dokumentiert Raubbaustatus und Transparenz bei Holzhändlern und gibt Umstellungstipps für Handel und Handwerk

www.illegal-logging.info - Englischsprachige Seite der britischen Institution Chatham House. Aktuelle News aus der ganzen Welt zu Illegaler Holzwirtschaft und Waldbewirtschaftung allgemein. Organisiert halbjährlich Konsultationen.

www.proforest.net/cpet - Website des britischen Umweltministeriums mit Information und Anleitung zur Umsetzung der Beschaffungsrichtlinie beim Holzeinkauf (UK Government's Timber Procurement Policy)

www.fsc.org - Website der Zertifizierungseinrichtung Forest Stewardship Council, deren Methoden und Label als Nachweis für Legalität dienen können.

www.fsc-watch.org - Weblog mit dem Ziel durch Kritik und Diskussion schlechter Performance und die Erhöhung der Transparenz die Arbeit des FSC zu verbessern

www.eia-international.org/campaigns/forests - Englischsprachige Website der Organisation 'Environmental Investigation Agency' mit großem Waldschwerpunkt.

www.telapak.org - Englischsprachige Website der indonesischen Organisation Telapak, die zu Waldwirtschaft und Raubbau arbeitet.

www.loggingoff.info - Englischsprachige Website diverser Umweltverbände die sich auf VPAs (Voluntary Partnership Agreements) konzentriert und den Fortschritt bzw. Probleme in einzelnen Partnerländern dokumentiert.

www.holzhandel.de - Website des GDH (Gesamtverband Deutscher Holzhandel) auf der die Themen Raubbau und illegale Holzwirtschaft bisher wenig Beachtung finden.

<http://ec.europa.eu/environment/forests/flegt.htm> - Website der EU-Kommission zum Thema FLEGT mit Berichterstattung über Aktivitäten der EU zum Thema Illegale Holzwirtschaft.

Ein Jahr Kampf für den Wald und Ureinwohner

■ Pro REGENWALD informiert, hinterfragt, reizt, widerspricht, träumt und unterstützt

Regenwald stirbt an unserem Konsum. Sojaplantagen fressen sich in den Regenwald um unsere Rindviecher, Schweine und Hähnchen groß und fett werden zu helfen. In Ecuador und Peru fördern Ölkonzerne das 'Schwarze Gold', welches man treffender die 'Schwarze Pest' nennen sollte, und zerstören Regenwald, Wasserressourcen und das Klima mit der Freisetzung fossilen Treibstoffs. In vielen Ländern wird Regenwald gerodet um direkt Faserrohstoff zu liefern und unendlich große Gebiete anschließend in monotone Papierproduktions-Planagen zu verwandeln. Und in beängstigendem Tempo wächst die Nachfrage nach Bioenergie von Flächen, auf denen heute noch Regenwald steht. Darf man sich da nicht wundern, wenn man bei der Arbeit zweifelnd gefragt wird: "Wie, Regenwald retten? Ähh, ... und das in München?"

Was macht man nun aber als Münchner Regenwaldschützer oder Regenwaldschützerin konkret? Vor allen Dingen: die Ursachen der Waldzerstörung abstellen. Und das hat ganz selten mit exotischen Expeditionen oder dem heroischen Einsatz im südlichen Regenwald zu tun. Meist muss mit viel Ausdauer und Phantasie Kleinarbeit im Büro geleistet oder aber heroisch am Telefon oder Baumarkt mit uneinsichtigen Gesprächspartner (siehe Seite 18) gekämpft werden - die oft, obwohl sie selbst auf Papier aus tropischen Regionen schreiben, uninformativer- oder unverschämterweise nichtsahnend fragen: 'Was geht mich der Regenwald an?' Die folgenden skizzenhaft vorgestellte Themen und Aktivitäten sollen ohne Anspruch auf Vollständigkeit einen Einblick in den Pro REGENWALD-Alltag gewähren.

Mail-Aktionen / Cyber Action - Nicht jeder kann an der Schutzfront in den Tropen aktiv mitkämpfen. Seine Stimme erheben und für Vernunft und Gerechtigkeit eintreten kann aber jede/r. Unsere Mail-Aktionen bieten Mitmachgelegenheit für alle - und sie sind wichtig, wie wir von unseren Partnern immer wieder bestätigt werden. Im Jahr 2006 haben wir u.a. zu folgenden Mail-Aktionen aufgerufen:

Ungesetzliche Räumungsaktion bei Tupinikim/Guarani untersuchen (30.01.06) - Polizeieinheiten überrumpeln und räumen gewaltsam zwei brasilianische Indianerdörfer, die vorher friedlich ihnen zustehende Ländereien von dem Plantagen- und Zellstoffkonzern Aracruz in Besitz genommen hatten. Solidarität gegen staatliche Gewalt ist nötig und wird von uns vermittelt.

Vorsorgen. Nie wieder ein Bruno (-Desaster)! (27.06.2006) - Wenn Behörden in Bayern es nicht schaffen, einen zugewanderten und vom Umweltminister 'willkommen geheißenen' Bären und die Bevölkerung in der betroffenen Region angemessen zu managen, wie sollten dann Regenwaldländer es jemals schaffen, ihre Wälder (und Großwild) zu retten und langfristig zu erhalten?

Stoppt den Raubbau. Urwaldschutzgesetz nicht ersatzlos ablehnen! (12.10.2006) - In der Sitzung vom 19.10. hat der Bundestag einen Entwurf zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes abgelehnt. Die Änderung sollte das Gesetz um das Verbot des Besitzes und der Vermarktung von Holz und Holzprodukten aus illegalem Holzeinschlag ergänzen. Wir fordern Maßnahmen.

Eil-Aktion 'Bahn AG besser nachhaltig' - Umsteigen auf Recyclingpapier und Rückkehr zur ökologischen Verantwortung! (29.11.2006)

Die Bahn führt in den ICE-Zügen Toilettenpapier aus Primärfaser ein. Der Rohstoff stammt vom Aracruz-Konzern in Brasilien, der mit den Tupinikim/Guarani im Streit ist.

Illegal Logging Meeting in London, Chatham House - Teilnahme an einem 2-tägigen Austausch in London über die illegale Holzwirtschaft, um sich über die aktuellen Entwicklungen zu informieren und Kontakte zu knüpfen. Diese Treffen finden zweimal im Jahr statt und es kommen VertreterInnen aller Interessengruppen zusammen, auch um Lösungsansätze zu diskutieren. Schwerpunkte des Treffens waren die EU-FLEGT Verhandlungen der Freiwilligen Partnerschaftsabkommen (VPAs) mit Kamerun, Ghana und Indonesien, Öffentliche Beschaffung und neue Initiativen von Industrieseite.

Nationales Waldprogramm - Mehrere Jahre lang hat Pro REGENWALD an der Erarbeitung des Nationalen Waldprogramm Deutschland (NWP) aktiv und koordinierend mitgewirkt. Das NWP ist ein Dialogprozess mit dem Ziel, eine von unterschiedlichen Interessengruppen getragene Strategie zum Umgang Deutschlands mit seinen eigenen und anderen Wäldern zu erarbeiten. 2006 sollten die gemeinsam mit Waldbesitzern und Forstwirtschaft verabschiedeten Handlungsempfehlungen in die Tat umgesetzt und u.a. folgende Fragen geklärt werden: Wie soll die Maßnahme umgesetzt werden, wer ist ver-

antwortlich, in welcher Zeit soll dies erfolgen und welche organisatorischen und finanziellen Mittel müssten hierfür bereitgestellt werden?

Doch als es soweit war, Verantwortliche zu benennen und die Umsetzung der Handlungsempfehlungen einzufordern, verweigerte eine Koalition aus Fachbehörden, Waldbesitzern, Forstwirtschaft und Holzhandel ihre Unterstützung. Da die Umsetzung der Maßnahmen aber zum Pflichtprogramm Nationaler Waldprogramme zählen und die Akteure in vorherigen Sitzungen dies auch zugesagt hatten, erklärte Pro REGENWALD gemeinsam mit mehreren anderen Umweltverbänden den Austritt aus dem NWP. Sechs Jahre Verhandlungen und 18 Runde Tische blieben damit ohne das angestrebte Ergebnis.

ENA-FLEG Follow-Up Workshop in der Türkei - Teilnahme an einem Workshop in der Türkei mit Regierungs-, Industrie- und NGO-Vertretern, welcher die frühere ENA-FLEG Konferenz (siehe Seite 8) mit Inhalten füllen sollte. Auf dieser Konferenz waren Ende November 2005 eine Erklärung und ein Aktionsplan zur Bekämpfung des illegalen Holzeinschlags in borealen Wäldern, der Korruption und des Handels mit illegalen Holzprodukten in der ENA-Region (Europa und Nord Asien) von über 40 Ländern (sowohl aus überwiegend Holz produzierenden als auch Holz konsumierenden Ländern) unterzeichnet worden. Auf dem Workshop wurden Erfahrungen in der Bekämpfung illegaler Aktivitäten im Waldsektor ausgetauscht. An konkreten Aktionen und praktischer Umsetzung mangelt es jedoch weiterhin.

Eigenes Treffen: ngoFLEG(t) - Meeting in Pullach - Im Dezember organisierte Pro REGENWALD in der Burg Schwaneck in Pullach bei München ein 2-tägiges ngoFLEG(t) Treffen. Fast 40 VertreterInnen aus ganz Europa sowie 2 indonesische Gäste trafen sich zum Austausch aktueller Entwicklungen in den verschiedenen FLEG-Prozessen, zur Abstimmung wichtiger Termine in 2007 und zur Planung gemeinsamer Aktivitäten für 2007.

Die indonesischen Gäste berichteten über ihre langjährigen Erfahrungen und Probleme bei der Umsetzung der FLEG-Maßnahmen in Indonesien. Schwerpunkt des Treffens war jedoch die Vorstellung und Diskussion der aktuellen und anstehenden Entscheidungen auf EU-Ebene, welche für einige TeilnehmerInnen bis dahin noch vollkommen unbekannt waren.

Neue Broschüre fertiggestellt: 'Raubbau stoppen' - Anfang des Jahres hat Pro REGENWALD die Broschüre "Raubbau - und was Sie dagegen tun müssen" aus der Druckerei erhalten. Die Broschüre ist ein Ratgeber für den verantwortungsvollen Handel mit Holz und Holzprodukten, richtet sich primär an den Handel und das Handwerk, ist aber auch sehr hilfreich für potentiellen HolzkäuferInnen. Es werden die weltweiten Folgen des Raubbaus beschrieben und Tipps gegeben, wie man sicher stellen kann, nachhaltig gewonnenes Holz einzukaufen. Die Broschüre soll die Online-Aktivitäten von www.raubbau.info unterstützen .

Pro REGENWALD AktivistInnen protestieren gegen Möbel aus Raubbauholz - Der Trend zu Gartenmöbeln aus Tropenholz hält an. Jedes Jahr kaufen VerbraucherInnen bevorzugt günstige Gartenmöbel für Balkon oder Terrasse. Das Holz der Möbel trägt exotische Namen wie Yellow Balau, Keruing, Iroko oder Teak oder wird auch nur unter der Bezeichnung Massivholz angeboten. Die Herkunft ist oft unklar und auch die VerkäuferInnen können nach unseren Nachfragen keine Herkunfts- und schon gar keine Legalitätsnachweise erbringen. Auch im Jahr 2006 haben Pro REGENWALD-AktivistInnen wieder mehrmals vor Geschäften protestiert und informiert.

Wiederbewaldungsprojekt / Baumpflanzprojekt in Costa Rica - Pro REGENWALD vermittelt unter dem Motto "Work & Learn" Freiwillige zur

Mithilfe in ein Baumpflanzprojekt der costaricanischen Organisation ARBOFILIA. Ziel dieser Workshops ist es, beim Bäume pflanzen tatkräftig mitzuhelfen und gleichzeitig über Land und Umwelt- bzw. Entwicklungsprobleme sowie optional die Sprache Spanisch zu lernen. 2006 konnten einige Freiwillige nach Costa Rica vermittelt werden. Pro REGENWALD-Mitarbeiter (sowie Ehrenamtliche und Sympathisanten) besuchten im laufenden Jahr das Projekt mehrmals um tatkräftig mitzuhelfen, sowie mit den Partnern vor Ort Pläne für die Zukunft zu erörtern. Weiterführende Infos gibt es unter www.arbofilia.net/wal.

Pro REGENWALD im Radio - Jeden zweiten Monat ist Pro REGENWALD im Ökomagazin Rainbow des Münchner Alternativradios 'Radio Lora, 92,4'. Im Jahr 2006 wurden insgesamt sieben einstündige Sendungen produziert, die jeweils einem Schwerpunktthema gewidmet waren und nebenzu auf aktuelle regenwaldrelevante Ereignisse verwiesen haben. Recherchiert und produziert werden diese Sendungen meist von in München ansässigen Ehrenamtlichen sowie daran interessierten PraktikantInnen.

European Paper Network und European Paper Vision - Pro REGENWALD ist seit Herbst 2005 auch im Europäischen Papiernetzwerk aktiv. Im Jahr 2006 wurde als Arbeitsgrundlage für künftige Aktionen die 'Vision für einen Wandel der Papierindustrie in Europa' vorgestellt. Eine Koalition aus fast 50 Nicht-Regierungsorganisationen (NGO) aus 21 Ländern, darunter auch Pro REGENWALD, stellte diese 'European Paper Vision' anlässlich der Paper World, der internationalen Messe für den Papierhandel, am 27. Januar 2006 in Frankfurt vor.

"Wir wünschen uns ein Europa, dessen Papier aus verantwortungsvoller und nachhaltiger Waldwirtschaft stammt und ausschließlich unter Nutzung erneuerbarer Energien hergestellt wurde, mit Wasser, das am Ende der Papierproduktion noch so sauber wie zuvor ist. Eine Papierherstellung, die auf dem Konzept von 'zero waste' und 'zero emissions' (Null-Abfall und Null-Schadstoffemissionen) beruht," so steht es in der Vision als Appell an die Papierindustrie. Diese beinhaltet außerdem eine Agenda für die kommenden zehn Jahre, in der die Mindestanforderungen aufgeführt sind, die die unterzeichnenden Organisationen für erforderlich halten, um die negativen

ökologischen und sozialen Auswirkungen weltweit zu reduzieren.

Wochenend-Seminar: 'Wälder erhalten!' - Vom 24. bis 26. Februar hatte Pro REGENWALD zu einem Seminar bzw. Argumentationstraining für (angehende) Weltretter und andere Träumer (wie AktivistInnen, UmweltberaterInnen und -beauftragte) eingeladen. Im Jugendgästehaus Dachau haben sich eben diese getroffen um ein Wochenende von den ReferentInnen Dr. Helmut Klein (Biologe und Sprecher des BUND Arbeitskreises Wald), Dr. Barbara Niedner (Verhaltensbiologin, Unternehmensberaterin und Trainerin) und Pro REGENWALD MitarbeiterInnen zu lernen und zu diskutieren.

Fortbildung: 'Ich kauf' Global' - Jeden Tag kaufen wir Produkte aus aller Welt - doch wer weiß schon, woher sie kommen und unter welchen Bedingungen sie hergestellt wurden? Am 26. Juni 2006 lud Pro REGENWALD MultiplikatorInnen und LehrerInnen zu einer eintägigen Fortbildung zu nachhaltigem Konsum ein. Die Fortbildung wurde im Rahmen der BMELV Kampagne "echt gerecht - clever konsumieren" von Schirin Shahed und Nicole Handel vom BUND Göttingen durchgeführt.

Neue Website auf den Weg gebracht: www.fsc-watch.org - Gemeinsam mit zwei Kollegen aus Deutschland und England hat der Pro REGENWALD-Koordinator Hermann Edelmann die englischsprachige Website www.fsc-watch.org auf den Weg gebracht. Das Projekt war nötig geworden weil Kritik, Verbesserungsvorschläge und Information über mangelhafte Arbeit der Zertifizierungsinitiative FSC (Forest Stewardship Council) ungehört verhallen. Mit dem Projekt entstand eine Plattform zu Sammlung dieser für jede Verbesserungsaktivität so wertvollen Rückläufe, die einerseits den FSC-Betreibern direkt zeigen, wo der Schuh drückt und andererseits das gesamte Zertifizierungssystem für die breite Öffentlichkeit viel transparenter macht.

www.shop2help.de - Von dieser Plattform aus kann man im Internet einkaufen gehen oder seine Reise buchen und gleichzeitig für den Regenwald spenden. Wenn man über die Links dieser Seite Online-Shops ansteuert, gehen bis zu 15 Prozent des Kaufbetrags als Vermittlungsprovision an ausgewählte Projekte zum Schutz bedrohter Regenwälder.

■ **Blicke ins Büro**

Klein, aber fein. So könnte man die Bürobesetzung von *Pro REGENWALD* am treffendsten bezeichnen. Nur nicht in den Semesterferien, wenn sich der Personalbestand für gute vier Monate im Jahr verdoppelt, was für alle Beteiligten immer zum speziellen Erlebnis wird. Aber auch in den übrigen Monaten finden sich glücklicherweise doch immer wieder 1-3 PraktikantInnen, die uns - anders als es die Ehrenamtlichen leisten können - ganztags zur Hand gehen.

Wir bedanken uns bei all denen, die sich nach München aufmachen und dabei auch Kosten beispielsweise für ein zweites Zimmer nicht scheuen, um mit uns Wege zum nachhaltigeren Umgang mit den Wäldern und den nachwachsenden Rohstoffen im allgemeinen zu suchen. Die folgenden Darstellungen können nur einen Teil widergeben - es gab wesentlich mehr an Tätigkeiten und MithelferInnen.

Vera (25) studiert in Regensburg reichlich 'waldfremd' französische und spanische Philologie sowie Politik. Damit war es naheliegend sie mit der Betreuung der in Costa Rica stattfindenden 'Work & Learn'-Workshops in unserem Partnerprojekt von Arbofilia zu beschäftigen. Desweiteren half sie uns bei der Vorbereitung und Organisation eines Aktivistenseminars.



Im Frühling 2006 kam **Miriam (22)** aus Würzburg dazu und half erstmal mit, einen Spanischlehrer zu finden, der auch in der Wildnis zu arbeiten bereit war. Sie versuchte auch Unternehmern zu vermitteln, dass jede/r einen Beitrag zum Regenwaldschutz leisten müsste und man dies beispielsweise als Partner auf der Waldseite.de schön ma-



chen könnte. Sie hat auch angefangen unsere Bibliothek organisatorisch auf den aktuellen Stand zu bringen und sich zur Weltbank eingearbeitet. Wieder zu Hause setzt sie ihr Studium der politischen Wissenschaften, Spanisch und Soziologie fort.

Anja (21) studiert in Göttingen Geographie und ist schon viel in der Welt herum gekommen. Während der Semesterferien war sie eine engagierte, selbstständig arbeitende Praktikantin und hat so einiges versucht, auf die Beine zu stellen. Dabei waren es oft ihre eigenen Ideen, die sie in die Arbeit durchsetzen wollte. Trotzdem hat sie sehr kollegial sehr viel zur Recherche und Datenbankpflege für das Raubbau-Projekt gemacht.



Tatkräftige Unterstützung bei der Presarbeit sowie der Pflege unserer Datenbanken wie www.heftefinder.de bekamen wir von **Ben (23)**. Zu seinen Aufgaben gehörte auch die Erarbeitung einer Radiosendung für Radio Lora 92.4 über Palmöl. Nach seinem 12-wöchigen Praktikum ist er wieder in Bielefeld, um seinen Bachelor in Politikwissenschaften zu machen.



Auch **Fabian (22)** studiert Politik in Bielefeld. Viel Zeit verbrachte er damit Firmenpartner für unsere Waldseite zu enga-



Impressum

DER *News-Letter* WIRD IN UNREGELMÄSSIGEN ABSTÄNDEN HERAUSGEGEBEN. FÖRDERMITGLIEDER UND FREUNDINNEN ERHALTEN EIN EXEMPLAR.

Mitarbeit an dieser Ausgabe: Hermann Edelmann, Martin Glöckle, Wiebke Böhm, Simone Hömer, u.a.

Fotos: Pro REGENWALD und Nathalie Weemaels

Kritik, Anregungen und Rückfragen bitte an:

Pro REGENWALD

Frohschammerstr.14, 80807 München
Tel: 089-359 8650, Fax 089-359 6622

e-mail: info@pro-regenwald.de

www.pro-regenwald.de

www.raubbau.info

www.diewaldseite.de

Postbank München

Konto-Nr. 1490 70 800, BLZ 70010080

Bank für Sozialwirtschaft München

Konto-Nr. 8819 500, BLZ 700 205 00

Bitte unterstützen Sie unsere Arbeit durch eine Spende oder Fördermitgliedschaft.

Die Produktion des *News-Letters* wurde durch das

BFN (Bundesamt für Naturschutz)



im Rahmen des Projektes 'Raubbau stoppen' mit Mitteln des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit gefördert. Die Inhalte dieser Publikation geben die Auffassung und Meinung des Zuwendungsempfängers wieder und müssen nicht mit der Auffassung des Zuwendungsgebers übereinstimmen.

gieren. Weiter war er in der Radio- und der Papierarbeitsgruppe aktiv und versuchte als Baum verkleidet Spenden für unsere Projekte zu sammeln!



Um die Zeit vor seinem Kartographie-Studium an der FH-München sinnvoll zu füllen, hat **Gabor (24)** sich bei uns schon mal in die Materie eingearbeitet. Seine Aufgabe bestand darin, eine digitale Landkarte von Costa

Rica zu fertigen - bzw. zuerstmal die technischen Voraussetzungen herzustellen. Außerdem wurde er Profi im Bemalen unserer Aktions-T-Shirts.

Auch **Lilli (22)**, Soziologie-Studentin aus dem wunderschönen Bamberg, verbrachte 8 Wochen bei uns. Sie sollte sich schwerpunktmäßig damit beschäftigen, wie man mehr Menschen und Entscheider überzeugen kann, waldfreundlich zu agieren. Praktisch konnte sie dies bei Unternehmern testen, die sie



für eine Unterstützung der Waldseite gewinnen sollte, oder aber auch bei Holzhändlern, denen wir nahelegten, Holz nur aus nachhaltiger Produktion zu beziehen. Desweiteren arbeitete sie bei Radiosendungen

mit und konnte beim Spendensammeln so einige Erfahrungen über die verschiedenen Reaktionen der Menschen machen.

Aus dem fernen Bremen kam **Ulrike (25)** für knapp 3 Monate zu uns. Sie hat sich vor allem um indonesische NGO-VertreterInnen, die im September bei uns waren (siehe unten), gekümmert, uns bei einem Projektantrag unterstützt und sich um die Pressearbeit mitgekümmert. In Bremen will sie nun ihre Diplomarbeit im Fach Politikwissenschaften schreiben.



Wie jedes Jahr sind im September 2006 die zwei neuen FÖJ-lerInnen (Freiwilliges Ökologisches Jahr) dazu gekommen:

Christina (18) hat ihr Fachabitur an der FOS in Landshut abgeschlossen und dann neugierig auf Umweltarbeit und die Großstadt ein FÖJ bei uns in München angetreten, wofür sie im September umgezogen ist. Sie kümmert sich um Infoanfragen und hat sich auch schon in einige Computer-Aufgaben eingearbeitet.



Jutta (19) hat Ihr Abitur an einer Waldorfschule in Düsseldorf gemacht, und sich bewusst ein Jahr Zeit genommen, um sich für den Regenwaldschutz zu engagieren. Sie organisiert „Leutchen“ zu

Infoständen, erledigt immer guter Laune die täglichen Routinearbeiten und freut sich schon auf ihren Costa Rica Besuch, der für Mai 2007 geplant ist. Besonders am Herzen liegen ihr auch die Schüler, welche Sie gerne im Unterricht besucht, um ihnen die Lebens- und Leidensgeschichte eines Schulheftes zu erzählen.

Seit November bekommen wir tatkräftige Unterstützung von **Uli (27)**, die ihr Studium in Medienpädagogik, Kommunikationswissenschaften und Romanistik an der Uni Augsburg erfolgreich abgeschlossen hat. Sie hat schon Erfahrungen im umweltpolitischen Bereich, und war bereits in so mancher „Graswurzelgruppe“ aktiv. So bringt sie ihr Wissen, sei es nun inhaltlicher Art, oder ihr Moderationstalent bei uns ein. Ulis besonderes Projekt welches sie vorangetrieben und erfolgreich abgeschlossen hat: Die Stromwette! Seit dem beziehen 40 weitere Haushalte in Deutschland Ökostrom!



Ende September war Besuch aus Indonesien bei Pro REGENWALD: **Betty Tiominar** und **Deddy Ratih**, Mitarbeiter von Down to Earth in Indonesien, machten in Begleitung von **Liz Chidley**, Down to Earth London, einen Zwischenstopp in München. Anlass ihrer Reise war die Zellstoffindustrie in Kalimantan (indonesischer Teil der Insel Borneo), im speziellen Fall die geplanten Zellstofffabriken, die United Fibre Systems (UFS) in Satui, Südkalimantan, errichtet. An diesem Werk sind die österreichische



Deddy, Liz und Betty bei Pro REGENWALD. Obwohl allerbeste Saison (Oktoberfest), für einen ausführlichen Bierzeltbesuch war leider keine Zeit

Raiffeisen Zentralbank und das Maschinenunternehmen Andritz beteiligt. Pro REGENWALD hat dazu Ende 2005 für mehrere Monate eine Mailaktion zur Unterstützung der indonesischen Kampagne durchgeführt.

Betty Tiominar stellte ihre Studie NO CHIP MILL WITHOUT WOOD vor und erläuterte, wie Papier, Holz und Palmöl in Indonesien Menschen und Natur zerstören.

Die Rahmenbedingungen sind nicht gut für den Regenwald und seine Bewohner. Investoren blicken auf Kalimantan und sehen in der Region einen reinen Lieferanten für die Industrierohstoffe Zellstoff und Palmöl. Das erste von mehreren riesigen Zellstoffwerken sei im Bau, weitere in Planung, auch unter Beteiligung europäischer Banken und Unternehmen. Millionen von Hektar Ölpalmplantagen sollen entstehen, die den Grundstoff für Biodiesel liefern sollen. Diese ehrgeizigen Pläne bedrohen den Restregenwald Borneos akut.

Recyclingpapier in Schulen

Berufsschule in Kempten (Allgäu) setzt Zeichen für den Umweltschutz

Der Präsident des bayerischen Landesamtes für Umwelt (LfU), Prof. Dr. Albert Göttle, hat in seiner ersten öffentlichen Amtshandlung als Schirmherr der 'Initiative 2000plus in Bayern' praktisch alle Klassen der Kemptener Berufs- und Wirtschaftsschule mit Umwelt-Urkunden ausgezeichnet: Die Schüler der 36 Klassen hatten sich dafür entschieden, künftig nur noch Schulmaterialien aus Recyclingpapier zu verwenden.

Göttle sagte anlässlich der Urkundenverleihung am 17. Mai: 'Umweltschutz fängt schon in der Schule an: Wer Recyclingpapier mit dem 'Blauen Engel' verwendet, setzt auf die ökologisch eindeutig bessere Alternative'.

bürgermeister Ulrich Netzer hat sich für die Stadt verpflichtet, nun in den Geschäftspapieren der Stadtverwaltung ebenfalls auf Recyclingpapier umzusteigen.

Simone Hörner von Pro REGENWALD, die die Aktivitäten der 'Initiative 2000plus in Bayern' koordiniert, erinnerte anlässlich der Urkundenverleihung daran, dass neben Recyclingpapierverwenden unbedingt auch ans Papier sparen gedacht werden müsse. Der Papierverbrauch sei in den letzten 50 Jahren in Deutschland um das Siebenfache angestiegen. Jeder Bundesbürger und jede Bürgerin verbraucht laut Simone Hörner durchschnittlich 230 Kilogramm pro Jahr. Damit gehöre Deutschland nach

recyclingpapier kommt mit weniger Energie- und Wasserverbrauch sowie Chemikalien-einsatz aus als die Herstellung von Papier aus Primärfasern. Auch die europäische Papierindustrie hat sich deshalb verpflichtet, ihren Altpapiereinsatz zu erhöhen. Nachholbedarf gibt es vor allem bei den grafischen Papieren, wie den Geschäftspapieren und Schulheften: hier liegen die Altpapieranteile insgesamt nur bei rund 20 Prozent.

Bis Anfang der neunziger Jahre gehörten umweltfreundlich hergestellte Schulmaterialien noch zum guten Ton. Heute sind nur noch etwa fünf Prozent der bundesweit 200 Millionen Schulhefte aus dem umweltfreundlichen Papier hergestellt. Dabei ist modernes Recyclingpapier für Schule und Büro im Schnitt nicht teurer als andere Papiere und es ist auch nicht mehr rau, wie es früher gewesen sein soll. Auch Kopierer und Drucker können es problemlos einsetzen.

Weil die Nachfrage so stark zurückgegangen ist, verschwindet das Öko-Papier mit dem 'Blauen Engel' zunehmend aus den Regalen. Dabei weiss man aber nicht, ob es verschwindet, weil es kein Mensch mehr kaufen will oder ob es nicht gekauft wird, weil es kein Mensch mehr findet. Die Initiative 2000plus will vor allen Dingen über die ökologischen Vorteile informieren und dokumentieren, welche Folgen aus dem unüberlegten Konsum von Primärfaserpapier erwachsen. Dann sollte der Anteil an Recyclingpapierheften schnell wieder ansteigen.

Die Initiative 2000plus macht deshalb Fortbildungen für Lehrer, produziert und verteilt Info-Materialien und organisiert die Urkunden-Aktion 'Wir setzen Zeichen'.

Für alle, die umsteigen wollen, gibt es im Internet eine Suchplattform, über die man die meisten Geschäfte, die Recyclingpapier mit dem Blauen Engel führen, finden kann: www.heftfinder.de

Weitere Infos und Unterstützung bei kniffligen Fragen zum Thema Papierkonsum und zur Initiative 2000plus gibt es im Internet unter papier.wald.org und www.treffpunkt-recyclingpapier.de oder telefonisch direkt bei Pro REGENWALD unter der Nummer 089-359 8650.



Prof. Dr. Göttle, Präsident des LfU und Schirmherr der 'Initiative 2000plus in Bayern' überreicht die Urkunde an die Schülervertreterin Bettina Rousseau. Mit dabei der Schulleiter Herr Spießhofer, der Oberbürgermeister von Kempten Herr Dr. Netzer, der Umweltbeauftragte der Berufsschule Herr Wolf und als Vertreterin der Initiative 2000plus Simone Hörner von Pro REGENWALD.

Die Initiative 2000plus engagiert sich für eine Trendwende im seit Jahren rückläufigen Markt bei den ökologischeren Recycling-Schulheften. Unter dem Motto 'Wir setzen Zeichen' zeichnet sie Schulklassen aus, die freiwillig die umweltfreundliche Alternative verwenden wollen, nachdem sie in die Geheimnisse der Papierherstellung eingeweiht wurden.

Mehr als 170 Schulklassen in 45 Schulen in 22 bayerischen Städten haben bis Mai 2006 daran teilgenommen. LfU-Präsident Göttle, der vor kurzem Schirmherr der Initiative in Bayern geworden war, würdigte die Kemptener Schule als Vorbild für andere bayerische Schulen.

Auch die Stadt Kempten zieht mit: Ober-

den USA mit zu den weltweit größten Pro Kopf-Papierverbrauchern.

Glücklicherweise wird nirgendwo in Europa so eifrig Altpapier gesammelt wie in Deutschland. In Bayern beispielsweise kommen jährlich rund 80 Kilogramm pro Einwohner zusammen. Zwei Drittel wird als Rohstoff wieder in den Kreislauf zurückgeführt. Von der deutschen 'Sammelwut' profitieren sogar die Chinesen, die zur Deckung ihres Papierbedarfs erhebliche Mengen Recyclingpapier aufkaufen - und bei uns zu einer Verknappung des Angebots beitragen.

Die Wiederverwendung von Altpapier hat unbestreitbare Vorteile in der Ökobilanz: Die Aufbereitung von Re-